

5. Sitzung

am Dienstag, dem 19. Oktober 1999

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung	65
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	65

Fragestunde

2. TBT-Belastung im Bereich von Wassersporthäfen Anfrage der Abgeordneten Gerling, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 21. September 1999	65
3. Projekt „Sicherheitsnetz“ - BGS in Bremen Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 21. September 1999	66
4. Videoüberwachung in Kriminalitätsbrennpunkten Anfrage der Abgeordneten Gerling, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 21. September 1999	67
5. Verkauf des Bahnhofsvorplatzes Anfrage der Abgeordneten Mützelburg, Frau Dr. Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. September 1999	69
6. Behindertenfeindliches Domshof-Forum Anfrage der Abgeordneten Frau Mull, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 23. September 1999	70
7. Zustand der Schulen in Bremen Anfrage der Abgeordneten Bürger, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 27. September 1999	71
8. Konzept für die Stadtbibliothek Anfrage der Abgeordneten Frau Emigholz, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 27. September 1999	72

9. Ersatzbeschaffung für das Rundfunkmuseum	
Anfrage der Abgeordneten Frau Schwarz, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 28. September 1999	73
10. Geruchsbelästigung aus Abwasserkanälen	
Anfrage der Abgeordneten Hoffhenke, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 1. Oktober 1999	74
11. Ausschreibung der Trägerschaft von Kindertagesheimen	
Anfrage der Abgeordneten Frau Striezel, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 1. Oktober 1999	75
12. Verschmutzung an Badeseen	
Anfrage der Abgeordneten Kleen, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 1. Oktober 1999	76
13. Aufbau eines effektiven touristischen Wegweisungssystems	
Anfrage der Abgeordneten Frau Emigholz, Frau Lemke-Schulte, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 5. Oktober 1999	77
Aktuelle Stunde	78
Bericht des Petitionsausschusses Nr. 2 vom 28. September 1999	
(Drucksache 15/26 S)	78
Bericht des Petitionsausschusses Nr. 3 vom 12. Oktober 1999	
(Drucksache 15/34 S)	78
Fahrradstation am Hauptbahnhof	
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. September 1999 (Drucksache 15/27 S)	
Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen)	79
Abg. Dr. Sieling (SPD)	81
Abg. Frau Schreyer (CDU)	82
Senatorin Wischer	83
Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen)	84
Abstimmung	85
Wahl eines Mitglieds des Betriebsausschusses Bremer Kommunikationstechnik	85

Freiluftgastronomie in der Innenstadt bis 24 Uhr öffnen

Mitteilung des Senats vom 5. Oktober 1999

(Drucksache 15/29 S)

Abg. Focke (CDU)	85
Abg. Frau Kummer (SPD)	86
Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen)	87
Senator Hattig	87

Flächennutzungsplan Bremen 1983

74. Änderung

- Kirchhuchting (Roland-Center) -

Mitteilung des Senats vom 5. Oktober 1999

(Drucksache 15/30 S)

**Bebauungsplan 2093 mit zwei Deckblättern
für ein Gebiet in Bremen-Huchting zwischen An der Dingstätte,
Huchtinger Fleet, An der Höhpost (einschließlich) und Kirchhuchtinger Landstraße
(beiderseits)**

Mitteilung des Senats vom 5. Oktober 1999

(Drucksache 15/31 S) 87

**Bebauungsplan 2152 mit Deckblatt
für ein Gebiet in Bremen-Horn-Lehe westlich Lilienthaler Heerstraße,
zwischen Bundesautobahn A 27 und Autobahnzubringer Horn-Lehe**

Mitteilung des Senats vom 5. Oktober 1999

(Drucksache 15/32 S) 88

**Vorhaben- und Erschließungsplan 9 mit Deckblatt
(vorhabenbezogener Bebauungsplan)
für die Errichtung eines Ausstellungsgebäudes, eines Tagungsgebäudes
und eines Hotels sowie von Freianlagen auf einem Grundstück in Bremen-
Horn-Lehe zwischen Universitätsallee, Wiener Straße, Uni-Süd-Fleet und Kuhgraben**

Mitteilung des Senats vom 5. Oktober 1999

(Drucksache 15/33 S) 88

Fertigstellung der Linie 4 bis Lilienthal

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 12. Oktober 1999

(Drucksache 15/35 S)

Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen)	89
Abg. Dr. Sieling (SPD)	90

Abg. Pflugradt (CDU)	92
Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen)	94
Senatorin Wischer	94
Abstimmung	96

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Jägers, Leo, Nalazek, Karl Uwe Oppermann, Frau Wangenheim.

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr.

Präsident Weber: Die fünfte Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse. Ferner begrüße ich eine Gästegruppe der Fraktion der CDU.

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgenden Eingang bekannt:

Fahrradstation am Hauptbahnhof, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 19. Oktober 1999, Drucksache 15/38 S.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag mit Tagesordnungspunkt vier, Fahrradstation am Hauptbahnhof, zu verbinden.

Ich höre keinen Widerspruch. Die Stadtbürgerschaft ist einverstanden.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

1. Sommer an der Schlachte
Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD vom 30. September 1999
(Drucksache 15/28 S)
2. Hort und Schule in gemeinsamer Verantwortung
Große Anfrage der Fraktion der SPD vom 14. Oktober 1999
(Drucksache 15/37 S)

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Stadtteilentwicklung in Obervieland
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 21. September 1999
2. Finanzielle Zuwendungen an das so genannte Sielwallhaus/Antirassismusbüro
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 29. September 1999
3. Entwicklung des Gewerbegebiets Hansalinie
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13. Oktober 1999

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung des Punktes außerhalb der Tagesordnung, Konzept für verlässliche Grundschulen entwickeln, zur Verbindung der Petitionsberichte Nummer 2 und 3 sowie der Tagesordnungspunkte sieben, Flächennutzungsplan Bremen 1983, 74. Änderung, und acht, Bebauungsplan 2093 mit zwei Deckblättern.

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich der Abgeordneten Frau Busch zu ihrem heutigen Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche des Hauses aussprechen.

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen 13 frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor. Die erste Anfrage, die sich auf die Bewährung der Ermittlungsgruppe 19, Identitätsfeststellung von Ausländern, bei der Kriminalpolizei Bremen bezieht, wurde von der CDU-Fraktion zurückgezogen.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**TBT-Belastung im Bereich von Wassersporthäfen**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Gerling, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Herr Abgeordneter Gerling, ich bitte Sie, Ihre Fragen zu stellen!

Abg. **Gerling** (CDU): Wir fragen den Senat:

Welche Erkenntnisse hat der Senat über eine erhöhte Belastung des Schlicks durch Tributylzinn, TBT, im Bereich zum Beispiel des Wassersporthafens Hemelingen, und welche Ursachen sieht der Senat dafür?

Welche Nutzungseinschränkungen für die Wassersportvereine werden sich daraus ergeben?

Welche Maßnahmen wird der Senat im Sinne der Wassersportvereine ergreifen, um die Folgen und Einschränkungen für die Nutzer abzumildern oder zu beseitigen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: In den Sedimenten der Häfen Korbhausinsel, Marina-Oberweser, Hemelingen Oberweser Segelverein, Yachthafen Weserstadion, Sporthafen Hasenbüren und Sporthafen Grohn wurden Konzentrationen zwischen vier und 5100 mg/kg Zinn beziehungsweise zwischen zehn und 12.485 - -.

(Zurufe)

Ich gestehe freimütig, dass ich im Augenblick die Übersetzung nicht weiß. Ich habe eben verzweifelt versucht, mir noch einmal die Übersetzung geben zu lassen. Sie wissen es, Herr Kuhn?

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Milligramm soll das sicherlich heißen! - Widerspruch bei der SPD und bei der CDU)

Nein, nein, es ist eben nicht Milligramm! Ich werde Ihnen die korrekte Aussprache noch nachreichen. Also, es wurden zwischen zehn und 12.485 Einheiten TBT nachgewiesen. In der Weser selbst wurden von 1997 bis 1999, Referenzmessstelle Hemelingen, linkes Weserufer, Konzentrationen zwischen 15 und 39 Anteilen TBT nachgewiesen.

Es ist nicht eindeutig zu klären, ob es sich bei den gefundenen Konzentrationen um Altlasten, Einträge aus der Großschifffahrt und beziehungsweise oder frischem TBT-Eintrag durch Sportboote handelt. Fest steht, dass für Boote unter 25 Meter Länge ein TBT-haltiger Schutzanstrich seit zehn Jahren verboten ist. Die IMO, Internationale Seeschifffahrtsorganisation, strebt ein Anwendungsverbot für TBT ab dem Jahr 2003 für die Handelsschifffahrt an, so dass ab 2008 keine Schiffe mehr mit TBT-haltigen Anstrichen verkehren.

Zu zwei: Eine Nutzungseinschränkung von Sportboothäfen kann sich aus einer zu geringen Wassertiefe ergeben, wie dies in Grohn bereits der Fall ist. Um den Wassersportbetrieb aufrechtzuerhalten, ist es in solchen Fällen erforderlich, den

Hafen auszubaggern. Die Ausbaggerung gestaltet sich kostenaufwendiger dann, wenn aufgrund der jeweiligen Belastung des Sediments anstelle einer Verbringung in die Weser eine Deponierung des Baggerguts an Land erforderlich wird.

Zu drei: Aufgrund der vorliegenden Daten sieht der Senat augenblicklich keine Veranlassung, die Nutzung der Häfen durch die Wassersportvereine einzuschränken. TBT ist relativ eng mit den Sedimenten verbunden, diese wiederum liegen fest auf dem Gewässerboden und können somit nicht in die Fließgewässer verdriftet werden.

Präsident Weber: Haben Sie Zusatzfragen? - Bitte schön, Frau Dr. Mathes!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Es handelt sich bei der Maßeinheit um Mikrogramm, das ist ein My! Diesbezüglich ist nämlich auch meine Frage: Akzeptiert der Senat den Grenzwert von 100 Mikrogramm pro Kilogramm Trockensubstanz als Grenzwert für ein Verklappungsverbot? Wenn ja, ist es dann nicht aufgrund der Belastungssituation, die Sie ja auch jetzt vortragen haben, die sich dann im Mittel nämlich so darstellt, so dass sie im Wesentlichen überschritten wird, nicht schon von vornherein klar, dass eine Verbringung dieses Baggerguts in die Weser ausgeschlossen ist?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Für den Fall, wie ich Ihnen zu Frage drei gesagt habe, dass man zu einem solchen Vorgehen kommen müsste, dass eine Verbringung in die Weser anständig, wären die Werte, die Sie nennen, diejenigen, an die wir uns halten.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Projekt ‚Sicherheitsnetz‘ - BGS in Bremen**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Abgeordneter Herderhorst!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Wir fragen den Senat:

Welche Erfahrungen wurden mit dem Projekt „Sicherheitsnetz“, also dem Einsatz von 50 BGS-Beamtinnen und -Beamten über die langjährige BGS-Präsenz am Hauptbahnhof und Flughafen hinaus, gemacht, und wie wurden diese Beamten eingesetzt?

Hält der Senat die Absicht von Bundesinnenminister Schily, im Rahmen des Projekts „Sicherheitsnetz“ tätige BGS-Beamte aus Bremen abzubauen, für akzeptabel, und wenn nein, warum nicht?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Senator Dr. Schulte.

Senator Dr. Schulte: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Die über die permanente BGS-Präsenz am Hauptbahnhof und am Flughafen hinausgehende Zusammenarbeit zwischen dem Bundesgrenzschutz und der Polizei Bremen im Rahmen der seit dem 1. Juli 1998 durchgeführten „Aktion Sicherheitsnetz“ hat sich als wichtiger Beitrag für mehr öffentliche Sicherheit in Bremen erwiesen. Durch die enge Kooperation in den gemeinsamen operativen Einheiten konnten insbesondere in der Bekämpfung der Straßenkriminalität nachweisbare Erfolge erzielt werden. Das Entdeckungsrisiko für potentielle Straftäter wurde erhöht und dadurch die Kriminalitätsrate gesenkt. Diese Entwicklung ist im originären Zuständigkeitsbereich des Bundesgrenzschutzes am Hauptbahnhof und am Flughafen besonders positiv.

Die konkrete Zusammenarbeit erfolgt in Form von gemeinsamen Fuß- und Fahrradstreifen in den überlappenden Zuständigkeitsräumen des Hauptbahnhofs sowie an den Bahnlinien des Stadtgebiets, von Einsätzen des Taschendiebstahltrupps des BGS zur Unterstützung der Polizei Bremen sowie von anlassbezogenen Einsätzen der Aufklärungs- und Observationseinheit des BGS mit dem zivilen Ermittlungsdienst der Polizeiinspektion Mitte.

Bundesinnenminister Schily beabsichtigt, die „Aktion Sicherheitsnetz“ im nächsten Jahr in der Form einzuschränken, dass ein dauerhafter zusätzlicher Personaleinsatz des BGS nicht mehr aufrechterhalten und die zukünftige Unterstützung nur noch anlassbezogen und zeitlich befristet erfolgen wird. Diese Planung hält der Senat für sehr ungünstig.

Präsident Weber: Gibt es eine Zusatzfrage, Herr Abgeordneter?

(Abg. Herderhorst [CDU]: Nein, danke!)

Gibt es weitere Zusatzfragen? - Das ist nicht der Fall.

Die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über **Videüberwachung an Kriminalitätsbrennpunkten**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Gerling, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Gerling** (CDU): Wir fragen den Senat:

Gedenkt der Senat aufgrund der positiven Erfahrungen anderer Bundesländer, zum Beispiel Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und so weiter, Videokameras an Kriminalitätsbrennpunkten zu installieren, um sowohl präventivpolizeilich als auch effektiver strafverfolgend tätig werden zu können?

Wie bewertet der Senat die Ergebnisse aufgrund solcher Maßnahmen in Leipzig, wo seit 1996 Taschendiebstähle um 40 Prozent und Autoaufbrüche sogar um die Hälfte sanken?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Senator Dr. Schulte.

Senator Dr. Schulte: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich beantworte die Anfrage für den Senat wie folgt:

Der Einsatz von Videokameras an ausgewiesenen Kriminalitätsbrennpunkten in Bremen kann sowohl unter präventivpolizeilichen als auch unter repressiven Aspekten eine Möglichkeit effektiver Kriminalitätsbekämpfung sein. Erfahrungen anderer Städte sollen einbezogen werden.

Die rechtlichen Voraussetzungen für den Einsatz von Videokameras an Kriminalitätsbrennpunkten in Bremen bedürfen noch einer endgültigen Klärung. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Gibt es Zusatzfragen? - Bitte, Abgeordneter Gerling!

Abg. **Gerling** (CDU): Wann ist denn mit der Installation der Kameras zu rechnen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Herr Abgeordneter, bevor an eine Installation von Kameras gedacht wird, muss erst einmal die rechtliche Klärung erfolgen. Diese rechtlichen Voraussetzungen werden zurzeit geprüft. Wenn die Installation verabredet wird, und damit wird dieses Haus auch befasst werden, dann wird man sich darüber unterhalten müssen, an welchen Schwerpunkten ein solcher Einsatz erfolgen soll. Im Augenblick geht es lediglich darum, dass wir die rechtlichen Möglichkeiten

vorsehen wollen, um in solchen Fällen tätig werden zu können.

(Abg. Gerling [CDU]: Danke schön!)

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Abgeordneter Dr. Güldner!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, Sie haben diese Frage ja nun im Grundsatz positiv entschieden. Was mich interessiert, deshalb meine Nachfrage: Wenn nun an einem bestimmten Platz eine solche Videokamera installiert wird, von welchem Verhalten gehen Sie bei den Menschen aus, die dort an diesem Platz vermutlich bis dahin kriminell tätig waren? Werden die eventuell nun zum Arbeitsamt gehen und einen Job beantragen, oder werden die möglicherweise ihre bisherige kriminelle Tätigkeit an einem anderen Platz fortführen?

(Zuruf von der CDU: Das ist der neue Saubermann!)

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Herr Abgeordneter, ich gehe erst einmal den ersten und dann den zweiten Schritt! Der erste Schritt ist, festzustellen und zu analysieren, dass es in einer Reihe von deutschen Städten gute Erfahrungen mit solchen Überwachungskameras gibt. Es ist erkennbar und messbar, dass in Leipzig, aber auch in Hamburg die Zahlen der entsprechenden Straftaten zurückgegangen sind.

Wenn das der Fall ist, dann halte ich es für meine Pflicht und für meine Aufgabe, solch ein System auch für Bremen rechtlich vorzubereiten. Dann müssen wir - und dafür werde ich kämpfen - mit Unterstützung des Koalitionspartners zu der politischen Entscheidung kommen, die den rechtlichen Rahmen für die Installation gibt. Hiernach muss genau überlegt werden, ob, und wenn ja, an welchen Stellen, mit welchem Hintergrund und mit welcher Zielsetzung wir das tun wollen. Wenn wir so weit sind, dann bin ich auch gern bereit, Ihre Detailfragen zu beantworten, wie man dann im Einzelfall mit den entsprechenden Straftätern umgeht.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Herr Dr. Güldner!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Meine Frage ging eigentlich in die Richtung: Ist das Thema nur die Installation von Kameras an einigen bestimmten Plätzen, oder muss man nicht - jetzt gebe ich einmal die Antwort auf die Frage, die ich eigentlich gestellt habe -, da es sehr

wahrscheinlich ist, dass eine Verdrängung auf andere Plätze stattfindet, von vornherein davon ausgehen, dass wir dann mit der Videoüberwachung auch nachziehen müssen? Letztendlich landen wir bei der Frage und müssen die hier auch diskutieren, ob wir eine gesamte Überwachung des öffentlichen Raumes, wie das ja bereits in Teilen von Großbritannien der Fall ist, wollen oder nicht. Haben wir nicht in diesem Sinne die falsche Frage vorliegen, wenn wir nur über die Installation einzelner Kameras an einzelnen Plätzen diskutieren?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Herr Abgeordneter, ich teile nicht Ihre These, dass solche Delikte generell an Stellen ausweichen, an denen es keine entsprechende Überwachung gibt, wie das zum Beispiel beim Drogenhandel zu beobachten ist. Wenn Sie in ein Drogenhandelsnest eingreifen, dann verlagert sich die Szene woanders hin, aber diejenigen, gegen die wir mit solchen Videoüberwachungen vorgehen werden, werden in den seltensten Fällen Drogenkurier sein. Diese lassen sich kaum durch Kameras dingfest machen. Vorgebeugt wird vielmehr Handtaschen- und Fahrrad-diebstählen und allen möglichen anderen Delikten, von denen ich glaube, dass sie nicht wegwandern, wenn man sie an einer Stelle besonders kontrolliert.

Daher glaube ich, dass wir mit dieser Erkenntnis, und wir sollten dazu auch noch die Erfahrungen anderer Länder einbeziehen, was die Entwicklung solcher Straftatbestandswanderungen betrifft, trotzdem sehr gut entscheiden können, an einer bestimmten Stelle, wo häufig solche Straftaten begangen werden, eine Überwachung einzurichten, und wir brauchen nicht zu riskieren, dass es da eine Abwanderung an andere Stellen in der Stadt gibt.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Eine letzte Frage! In der Frage ist auch die Zahl der Autodiebstähle angesprochen, die in einigen ausgewählten ostdeutschen Städten daraufhin zurückgegangen sein soll. Ist Ihnen denn bekannt, dass insgesamt in dem fraglichen Zeitraum die Zahl der Autodiebstähle in etwa um diesen Betrag zurückgegangen ist, was im Wesentlichen nichts mit Videoüberwachung, sondern mit technischen Voraussetzungen und mit einer Reihe von anderen Faktoren zu tun hat, die hier gar nicht relevant waren?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Die einzelne Auflistung der Kriminalitätsspezifika kann ich jetzt nicht vortragen. Ich kann nur eine Summe der rückläufigen Vorfälle darstellen, und das ist für mich schon Anlass genug, darüber nachzudenken, so etwas auch in Bremen zu prüfen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf den **Verkauf des Bahnhofsvorplatzes**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Mützelburg, Frau Dr. Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Abgeordneter!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welcher Betrag aus dem Verkauf des Grundstücks Bahnhofsvorplatz ist im Haushalt 1999 für die Deckung von Ausgaben für die Umgestaltung des Hauptbahnhofbereiches vorgesehen?

Zweitens: Welche Beträge werden für die Haushalte 2000/2001 veranschlagt?

Drittens: Wann, mit welchem Verkaufserlös und zu welchem Nutzungszweck wird der Bahnhofsvorplatz verkauft?

Präsident Weber: Zur Beantwortung hat das Wort Herr Bürgermeister Perschau.

Bürgermeister Perschau: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Sollte 1999 der Verkauf realisiert werden, sind von den erwarteten Einnahmen in Höhe von 25,25 Millionen DM für die Refinanzierung des Magazinneubaus, das ist der Mantelbau des Cinemaxx, 13 Millionen DM und für die Refinanzierung der Ausgaben für die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes der verbleibende Rest in Höhe von 12,25 Millionen DM vorgesehen.

Zu zwei: In den Haushalten 2000/2001 werden in diesem Zusammenhang keine Beträge veranschlagt.

Zu drei: Der Abschluss des Kaufvertrages ist noch offen. Für das Grundstück sind auf der Grundlage des Bebauungsplanes 2141 innerstädtische Nutzungen wie Einzelhandel einschließlich Fachmärkte, Büros und Dienstleistungen vorgesehen.

In den obersten Geschossen sind auch Wohnungen möglich. Mit diesem Neubau, seiner Nutzung und der baulichen Gestaltung soll die Attraktivität des Bahnhofsbereiches weiter positiv beeinflusst werden.

Präsident Weber: Möchten Sie eine Zusatzfrage stellen? - Bitte, Herr Mützelburg!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Bürgermeister, darf ich Ihrer Antwort entnehmen, dass in absehbarer Zeit mit dem Verkauf des Bahnhofsvorplatzes nicht zu rechnen ist, zumal dort ja jetzt auch die später noch zu diskutierenden Fahrradbügel angebracht worden sind?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Nein, das geht aus der Antwort auf diese Anfrage nicht hervor, sondern ich gehe davon aus, dass der Investor, der im Moment mit der Konzeptionsplanung und mit einer gewissen Änderung der Konzeptionsplanung gemeinsam mit einem Projektentwickler befasst ist, nach wie vor dieses Grundstück erwerben will.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Gibt es eine zeitliche Grenze für diesen Investor, bis zu der er sich verbindlich erklärt haben muss, ob er nun die Verkaufsoption wahrnimmt oder nicht, damit die Stadt dann gegebenenfalls anderweitig verfügen kann?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Es nützt Ihnen nichts, weil Sie einen Investor immer erst dann bekommen, wenn Sie einen Teil von Mietsicherheiten geschaffen haben, und im Moment sind sie mit dem Projektentwickler dabei, Mieter zu interessieren. Wenn diese Mieter einen bestimmten Anteil des Gebäudes anmieten wollen und dies sicher ist, dann ist auch die Finanzierung des Projektes sicher, und das hing im Grunde genommen in allen Fragen an diesem Problem.

Herr Abgeordneter, weil Sie das so nett fragen, will ich nur darauf hinweisen: Diese etwas merkwürdige Form der Finanzierung über einen zu erwartenden Erlös schieben wir seit der Ampelkoalition durch die letzte Legislaturperiode, denn die Ampelkoalition hat 1994 in ihrer übergroßen Weisheit genau dies beschlossen, dass zur Finanzierung des Magazins und zur Finanzierung des Bahnhofsvorplatzes exakt diese Erlöse erwirt-

schaftet werden sollen, um dann dafür gezahlt zu werden. Nun sind wir dabei.

(Zuruf des Abg. Zachau [Bündnis 90/Die Grünen])

Das ist ungewöhnlich schwierig gewesen. Sie kennen die Debatte, Herr Zachau, das hat nichts mit der Politik zu tun, mit Bilfinger und Berger. Nein, ich habe diese Idee dieser Form der Finanzierung immer für ein wenig problematisch gehalten, aber wir haben sie als Beschlusslage des Senats damals übernommen und haben dann diese Finanzierung aus 1996 noch einmal beschlossen.

Dieses Projekt hat Bilfinger und Berger über einen langen Zeitraum begleitet. Im Moment begleitet es die Gruppe Wiederkehr, und es sieht so aus, als würde es klappen. Aber ob es am Ende klappt, wissen wir erst, wenn der Vertrag unterzeichnet ist. Da wir im Moment in einem Schlussverfahren sind, haben wir es nicht für sinnvoll gehalten, den Investor mit einer möglichst engen Frist daran zu hindern, beispielsweise die entsprechenden Mieter zu besorgen, die er für die Realisierung des Konzeptes braucht.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich will Sie nun nicht fragen, Herr Senator, ob die Ampel am Versagen der großen Koalition Schuld ist, sondern noch einmal auf die Sache zurückkommen.

(Bürgermeister Perschau: Die Ampel hat schillernde Entscheidungen getroffen! - Beifall bei der CDU)

Sie regieren ja nun schon über vier Jahre. Herr Senator, ich möchte Sie auf Ihre Antwort eingehend fragen, ob auch daran gedacht ist oder ob es denkbar ist, möglich ist oder schon ernsthaft erwogen wird, dass zu den potentiellen Mietern, die der Investor braucht, um Sicherheit zu gewinnen, auch öffentliche Einrichtungen, die Behörden des Landes oder der Stadtgemeinde Bremen oder Ähnliches sowie öffentliche Gesellschaften gehören.

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Alle Investoren hätten so etwas sehr gern. Es gibt aber diese Absicht des Senats nicht.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage in der Fragestunde befasst sich mit dem Thema „**Behindertenfeindliches Domshof-Forum**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Mull, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Bitte sehr, Frau Mull!

Abg. Frau **Mull** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat Vorwürfe des Fahrdienstforums, nach denen beim Bau des Domshof-Forums gegen die Landesbauordnung verstoßen und die Belange der Behinderten nicht ausreichend berücksichtigt wurden?

Was wird der Senat unternehmen, um auch Rollstuhlfahrern und Gehbehinderten einen ungehinderten Zugang zum Domshof-Forum zu ermöglichen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Beim Bau des Domshof-Forums sind die Vorschriften der Bremer Landesbauordnung, LBO, eingehalten worden. Dies hat die vom Bremer Fahrdienstforum beschriebenen Zustände aber offensichtlich nicht verhindern können. Im Rahmen einer Novellierung der LBO wird auch unter Berücksichtigung der Regelungen anderer Länder der Senator für Bau und Umwelt prüfen, ob für Gaststätten ab einer festzulegenden Größenordnung die Nutzbarkeit und leichte Zugänglichkeit für Behinderte verbindlich vorgeschrieben werden soll.

Zu Frage zwei: Das Erdgeschoss ist barrierefrei über ein Fenstertürelement an der Domshoffront zugänglich. Der Gastronomiebetreiber stellt jederzeit sicher, dass dieser neben der Drehtür liegende und mit einer Klingel zu versehender Zugang für Rollstuhl fahrende Gäste frei gehalten wird. Eine entsprechende Beschilderung wird nachgerüstet. Die BrePark wird in ihrer Bauherreneigenschaft diesen Mangel kurzfristig beheben. Der Betreiber ist auch gebeten worden, den Fahrstuhl und den Weg zum Behinderten-WC ständig so frei zu halten, dass er für Behinderte auch nutzbar ist. Daneben wird geprüft, ob noch weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Situation für Behinderte in einem vertretbaren Kostenrahmen realisiert werden können.

Präsident Weber: Möchten Sie eine Zusatzfrage stellen?

(Abg. Frau Mull [CDU]: Nein, wenn es denn dann so kommt, habe ich keine Zusatzfragen! Danke schön!)

Das Wort zu einer Zusatzfrage hat der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, ich möchte gern wissen, ob Sie dem Parlament mitteilen können, dass künftig eine Beteiligung der Organisationen der Behinderten an der konkreten Bauplanung so vorgesehen wird, dass bei solchen öffentlich bedeutsamen Objekten solche Mängel nicht wieder auftreten können!

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Herr Abgeordneter, Sie wissen ja, dass wir uns in der Deputation zurzeit mit der Frage beschäftigen, wie eine frühzeitige Beteiligung der Behinderten durch ihre Vertretungen möglich ist. Ich glaube, dass wir das, was Sie möchten, in diesem Rahmen auch sicherstellen können.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte Anfrage trägt den Titel „**Zustand der Schulen in Bremen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Bürger, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Abgeordneter Bürger!

Abg. **Bürger** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat Presseinformationen zum baulichen und hygienischen Zustand insbesondere der Schulen Hemelinger Straße und Bevenser Straße?

Wie beurteilt der Senat die Auswirkungen derart schlechter Rahmenbedingungen der schulischen Infrastruktur auf den Unterricht, das Lernverhalten und Wohlbefinden der Schülerinnen und Schüler und die Arbeitsmotivation der Lehrerinnen, Lehrer und übrigen Beschäftigten?

Welche Maßnahmen zur Abhilfe wird der Senat ergreifen, um auch in diesen Schulen wieder zumutbare Zustände herzustellen?

Präsident Weber: Zur Beantwortung hat das Wort Herr Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Der bauliche Zustand der Schulen Hemelinger Straße und Bevenser Straße war bereits vor den Presseinformationen bekannt. Die Presseberichte zeigen punktuelle Gegebenheiten auf, die nicht den Gesamtzustand der Gebäude widerspiegeln. So verfügt die Gesamtschule Mitte an der Hemelinger Straße über einen Neubau, der 1992 errichtet worden ist. Eine Außensanierung des Altbaus steht kurz vor dem Abschluss.

Zu zwei: Der Senat sieht in schlechten baulichen und hygienischen Zuständen von Schulen ungünstige Rahmenbedingungen für Schülerinnen und Schüler, die das Wohlbefinden und das Lernverhalten beeinträchtigen. Außerdem werden dadurch die Arbeitsmöglichkeit und die Arbeitsmotivation der Lehrkräfte und des nichtunterrichtenden Personals gemindert. Der Senat ist daher bemüht, durch die zügige Bereitstellung von Mitteln für Sanierungsmaßnahmen und die umgehende Umsetzung entsprechender Vorhaben die Arbeitsbedingungen in den Schulen möglichst rasch zu verbessern.

Zu drei: Für die Gesamtschule Mitte an der Hemelinger Straße ist bereits im Frühjahr ein Planungsauftrag für eine Innensanierung erteilt worden, zurzeit laufen die Absprachen mit der Schule. Die Umsetzung ist für 2000/2001 fest eingeplant. In welchem Umfang Sanierungsmaßnahmen an der Schule an der Bevenser Straße durchgeführt werden, wird im Rahmen der Gesamtplanung des neuen Technischen Bildungszentrums Mitte endgültig festgelegt.

Präsident Weber: Möchten Sie eine Zusatzfrage stellen? - Bitte, Herr Bürger!

Abg. **Bürger** (CDU): Ich habe folgende Zusatzfrage, Herr Senator: Was werden Sie unternehmen beziehungsweise veranlassen, dass mit den sanierten beziehungsweise reparierten Räumlichkeiten auch pfleglich umgegangen wird, damit nicht in naher Zukunft erneut Reparaturen durchgeführt werden müssen? Ich meine diese Frage nicht bezogen auf Ihre Antwort auf diesen schulischen Standort, sondern eher allgemein.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Es ist ein leider gesellschaftlich bedingtes Problem, denke ich, dass an fast allen unseren Schulen Beschmutzung, Beschädigung, Vandalismus in stärkerem Maße zu erkennen sind. Ich denke, dass wir mit allen Beteiligten

darüber reden müssen, auch natürlich gerade mit den Schülervertretungen.

Wir müssen mit den Lehrerinnen und Lehrern sprechen. An der Reiherstraße waren wir neulich. Dort wurde uns vorgemacht, wie das auch geht, dass sich eine Schule in einem sehr ordentlichen Zustand befindet. Der dortige Schulleiter hat angeordnet, dass sofort nach der Beschädigung oder Verschmutzung von Gebäuden diese von den Schülerinnen und Schülern wieder instand gesetzt werden. Ich finde, das ist ein sehr positiver Beitrag, so dass die Schule sich eben anschließend in einem sehr guten Zustand befindet.

Das kann man aber nur bei einem täglichen Umgang mit dem Problem schaffen, auch indem man Vorbild ist, egal, in welcher Rolle man sich dann befindet, die Schulen wieder in einen Zustand zu bringen, dass man sich dort wohl fühlt und gern lernt.

Präsident Weber: Zu einer weiteren Zusatzfrage der Abgeordnete Zachau!

Abg. **Zachau** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe eine Zusatzfrage zur Bevenser Straße, weil diese Frage doch etwas suggeriert, was nicht ist: Ist meine Information richtig, dass die Bevenser Straße eigentlich seit zehn Jahren aufgegeben werden sollte und nur durch die Schließung des Holter Feldes letztlich wieder in die mittelfristige Planung hineingenommen wurde, also dass der Zustand der Schule in erster Linie dadurch zu erklären ist, dass da einfach lange nichts mehr gemacht worden ist?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Erstens: Wir haben leider die Situation, dass an ganz vielen Bremer Schulen in den letzten Jahren oder sogar Jahrzehnten nichts verändert worden ist.

Zweitens: Die Bevenser Straße war niemals als Schule gebaut worden, sondern sie ist eine umgebaute Fabrik. Wir haben hier das Problem, dass eine große Sanierung aus unserer Sicht zunächst nicht sinnvoll ist. Wir wollen erst abwarten, wie die entsprechenden Kostenvoranschläge, die ich jetzt erbeten habe, aussehen.

Nach der Pressemeldung habe ich sofort ein Team in die Schule geschickt, das sich konkret mit den Dingen beschäftigt hat. Wenn dabei herauskommt, dass wir eine ganz große Sanierung machen müssen, dann werde ich in der Deputation eine Alternative vorschlagen, denn für 70 dort untergebrachte Schüler lohnt es sich angesichts der immer schmaler werdenden Ressourcen

nicht, eine Sanierung mit einem Aufwand in Millionenhöhe vorzunehmen. Wenn es mit kleineren Maßnahmen machbar ist, dann können wir darüber reden. Ich denke, wir müssen das gemeinsam diskutieren, wenn wir die Planung des neuen Technischen Bildungszentrums Mitte endgültig entscheiden, und das sollten wir gemeinsam tun.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte Anfrage steht unter dem Betreff „**Konzept für die Stadtbibliothek Bremen**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Emigholz, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin Emigholz!

Abg. Frau **Emigholz** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wird die Struktur der Stadtbibliothek derzeit hinsichtlich ihrer konzeptionellen Entwicklung untersucht, wenn ja, welche politische Zielsetzung liegt dieser Erhebung zugrunde?

Zweitens: Wann wird der Bau der neuen Zentralbibliothek realisiert?

Drittens: Ist geplant, die innenstadtfernen Bereichsbibliotheken zu erhalten?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Senator Dr. Schulte.

Senator Dr. Schulte: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Die Struktur der Stadtbibliothek, die seit dem 1. Januar 1999 als Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen geführt wird, wird aufgrund von Beschlüssen von Senat und Deputation sowie des Betriebsausschusses des Eigenbetriebs konzeptionell weiterentwickelt. Grundlage hierfür ist unter anderem eine von der MAIB-Consulting durchgeführte Organisations- und Wirtschaftlichkeitsuntersuchung.

Die politische Zielsetzung, die im Ortsgesetz über den Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen vorgegeben ist, wird in den Kontrakten dieses und der nächsten Jahre mit folgenden Zielvereinbarungen festgelegt: Das Gesamtangebot soll in qualitativer Hinsicht modernisiert und die Effizienz der Einrichtung gesteigert werden. Die Zentralbibliothek sollte in einem neuen, großen und angemessen

sen ausgestatteten Gebäude untergebracht werden.

Zu zwei: Als Standort für die neue Zentralbibliothek ist das ehemalige Polizeipräsidium geplant. Der Senat wird dazu nach Vorlage eines Finanzierungskonzepts am 15. November 1999 seine abschließende Entscheidung treffen.

Zu drei: Der Senat hat bereits im Jahr 1997 bei der Beschlussfassung zur Errichtung einer neuen Zentralbibliothek bis zum Jahr 2001 festgelegt, dass für jede Region eine gut ausgestattete Bibliothek erhalten werden soll. Die Begrenzung der Zahl der Standorte auf fünf - Nord, West, Mitte, Ost und Süd - wurde begleitet von der Vorstellung, die jeweilige regionale Versorgung durch einen Bibliotheksbus zu ergänzen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfragen? - Bitte, Frau Dr. Trüpel!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, ich frage Sie: Wie schätzen Sie im Moment die Realisierungschancen auf die Finanzierung der neuen Zentrale im Polizeipräsidium ein?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Ich bin guten Mutes, dass wir dies bis zum 15. November hinbekommen, weniger durch Investitionszuschüsse, die unter dem Strich bei den Quadratmeterpreisen nicht ins Gewicht fallen - eine Million DM Investitionszuschuss zum Beispiel würde nur 50 Pfennig pro Quadratmeter ausmachen -, das wäre nicht zielführend und würde auf lange Sicht das Ressort zu sehr belasten, sondern wir sind dabei, Mietzuschüsse zu verabreden. Da gibt es noch Gespräche zwischen dem Wirtschafts- und dem Kulturressort.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage, Frau Kollegin? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Werden Sie sich dafür einsetzen, Herr Senator, dass abgesehen von der Art der Finanzierung der Investition selbst es auch Mittel gibt für die Einrichtung dieser Zentrale, die dann auch in neuem Glanz entstehen soll?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Das ist selbstverständlich, aber viel wichtiger als das ist die Zielsetzung, dass durch die Zusammenlegung von Volkshochschule und Stadtbibliothek an einem Standort

Synergien möglich sind, die gerade eine Befruchtung auch dieses Standortes selbst bedeuten. Das war die dem Entscheidungsgang unter anderem zugrunde liegende Zielsetzung, nicht nur die Stadtbibliothek ins Polizeipräsidium zu bringen, sondern auch die Volkshochschule.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe Sie aber richtig verstanden, dass Sie sich für die Einrichtungen und die zusätzlichen Mittel stark machen werden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Ja, umso mehr als wir im Augenblick an der Friedrich-Ebert-Straße eine sehr gut ausgerüstete Stadtbibliothek haben und auch die Volkshochschule an der Schwachhauser Heerstraße im Augenblick gerade eine gute Renovierungsphase hinter sich hat, so dass mindestens das Gleiche an Investition und Modernisierung auch an dem neuen Standort möglich sein muss.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Frau Dr. Trüpel!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Es gibt Überlegungen in der letzten Zeit, im Polizeipräsidium neben der Volkshochschule und der Stadtbibliothek noch andere Einrichtungen unterzubringen. Können Sie uns bitte erläutern, was dort geplant ist und welche Auswirkungen das auf den Standort für die Stadtbibliothek hätte?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Es gibt in der Tat Gedanken, dort einen Teil der Ausstellung des Malers Radziwill unterzubringen. Das wird aber von einem Trägerverein zurzeit mit dem Unternehmen diskutiert, das die Verantwortung für den Umbau des Polizeipräsidioms trägt. Das Kulturressort wird sich daran nicht beteiligen, soweit nicht klar ist, dass dort keine finanzielle Belastung auf uns zukommt. Es wird auf die vorgesehenen Räumlichkeiten der Stadtbibliothek und der Volkshochschule keine Auswirkungen haben. Es geht also nicht zu Lasten dieser beiden Einrichtungen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die neunte Anfrage trägt die Überschrift „**Ersatzbeschaffung für das Rundfunkmuseum**“. Die

Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Schwarz, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin Schwarz!

Abg. Frau **Schwarz** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Gebäude werden den jetzigen Nutzern und Nutzerinnen des Rundfunkmuseums/ Vereinshauses nach dem geplanten Abriss zur Verfügung gestellt?

Zweitens: In welcher Weise wird der Senat bei der Ersatzbeschaffung berücksichtigen, dass das Rundfunkmuseum auch als Kommunikationszentrum für Findorffer Bürger und Bürgerinnen genutzt wird?

Drittens: Wann müssen die Nutzer und Nutzerinnen des Rundfunkmuseums das Gebäude voraussichtlich räumen, um den Anbau der Messehallen zeitgerecht zu ermöglichen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Senator Dr. Schulte.

Senator Dr. Schulte: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Das Bremer Rundfunkmuseum hat mit Wirkung vom 1. Januar 2000 einen Mietvertrag für zunächst zwei Jahre für Ersatzräumlichkeiten im Gewerbegebiet Plantage an der Findorffstraße abgeschlossen. Für den Zeitraum danach bestehen Überlegungen, das Museum mit dem Focke-Museum zusammenzulegen.

Zu Frage zwei: Das Bremer Rundfunkmuseum nutzte bisher mietfrei die Räumlichkeiten im Vereinshaus Findorff für den Museumsbetrieb und unterschiedliche museale Programmangebote. Die Fortführung der Museumsarbeit ist in den neuen Räumlichkeiten in vollem Umfang gewährleistet. Durch die Bereitstellung von Räumen im Jan-Reiners-Centrum wird den Bürgern und Bürgerinnen Findorffs ein ausreichender Ersatz für das bisherige Kommunikationszentrum zur Verfügung gestellt.

Zu Frage drei: Die Vereinsmitglieder des Bremer Rundfunkmuseums e. V. werden die bisher genutzten Räume im Vereinshaus Findorff im Rahmen des Umzugs in die neuen Räumlichkeiten, die zum 1. Januar 2000 zur Verfügung stehen, freimachen. Die Räumung durch alle Nutzerinnen und Nutzer erfolgt einvernehmlich Ende dieses beziehungsweise Anfang nächsten Jahres. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Eine Zusatzfrage? - Bitte, Frau Schwarz!

Abg. Frau **Schwarz** (SPD): Wie hoch werden die Mehrkosten gegenüber dem früheren Ansatz sein, sowohl für das Vereinshaus als auch für das Rundfunkmuseum?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Das Museum muss nach meiner Information ab 2000 jährlich 43.200 DM Miete zahlen. Für zwei Jahre ist die Übernahme der Mietkosten durch die HVG schriftlich zugesichert. Da die Unterbringung bisher mietfrei war, ist das der entsprechende Mehrbetrag.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Schwarz** (SPD): Welchem Ressort wird das belastet?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Das wird nicht dem Kulturressort belastet.

Präsident Weber: Gibt es weitere Zusatzfragen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Die zehnte Anfrage befasst sich mit dem Thema „**Geruchsbelästigung aus Abwasserkanälen**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Hoffhenke, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Hoffhenke!

Abg. **Hoffhenke** (CDU): Wir fragen den Senat:

Worauf führt der Senat die an verschiedenen Stellen Hemelings von der Bevölkerung beklagte Geruchsbelästigung aus Abwasserkanälen zurück?

Was hat der Senat unternommen, um den oder die Verursacher der Geruchsbelästigungen festzustellen?

Welche Möglichkeiten sieht der Senat, die Geruchsbelästigungen abzustellen und für die Zukunft zu vermeiden?

Präsident Weber: Beantwortet wird die Anfrage durch Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Für die in den letzten Wochen in Hemelingen aufgetretenen Geruchsbelästigungen sind nach gegenwärtiger Einschätzung der Einfluss gewerblichen beziehungsweise industriellen Abwassers sowie die lange dauernde warme und trockene Wetterlage als Hauptursachen festzustellen.

Die bremische Abwasserbeseitigung ist durch vertragliche Regelung Anfang 1999 auf die Abwasser Bremen GmbH - ABG - übertragen worden. Die ABG dokumentiert zur Feststellung der Geruchsverursacher grundsätzlich alle eingehenden Informationen von Bürgern und Dienststellen. Im September dieses Jahres hat die Abwasser Bremen GmbH zudem mit Hilfe der örtlichen Presse die Bürger aufgerufen, ihre Feststellungen und Hinweise zu örtlichen Geruchsproblemen zeitnah mitzuteilen, damit die Ursachen umgehend festgestellt werden können. Die bekannt gewordenen Orte wurden aufgesucht, um die Art des Geruchs zu ermitteln. Zusätzlich wurden die Fließwege des Abwassers und die Intensität der Kanalreinigung überprüft. Obwohl keinerlei Mängel in der Kanalreinigung erkennbar wurden, erfolgte in vielen Kanalhaltungen eine erneute Reinigung. Mit ihr ließ sich aber leider keine Verbesserung erzielen.

Ausgehend von den Ergebnissen der Untersuchung hat die ABG Kontakt mit in Frage kommenden Einleitern aufgenommen, um gegebenenfalls die Entstehung des geruchskritischen Abwassers im Produktionsprozess zu erkennen. In einem konkreten Fall wird mit einem Einleiter nach Lösungen gesucht.

Im Zusammenhang mit der Erschließung „Hemelinger Marsch“ werden auch im öffentlichen Netz derzeit aus hydraulischen Gründen technische Maßnahmen getroffen, die im Bereich des Fließweges zwischen der Kleinen Marschstraße und der Schlegstraße zu Verbesserungen führen werden.

Neben den zuvor beschriebenen Maßnahmen tragen auch die inzwischen kühlere Witterung und eintretender Niederschlag zu einer spürbaren Verbesserung bei.

Präsident Weber: Eine Zusatzfrage? - Bitte, Herr Hoffhenke!

Abg. **Hoffhenke** (CDU): Wenn Sie sagen, dass in einem konkreten Fall nach Lösungen gesucht wird, handelt es sich denn dabei um einen Verursacher oder Mitverursacher?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Ja, in diesem Fall ist man mit einem Einleiter im Gespräch, wo man offensichtlich erkannt hat, dass hier die Geruchsemission ihre Ursache hat.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die elfte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über eine **Ausschreibung der Trägerschaft von Kindertagesheimen**. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Striezel, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Ich bitte die Fragestellerin, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Striezel** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie stellt der Senat sicher, dass bei dem Ausbau der Kindergartenkapazitäten in Arsten die konsumtiven Ausgaben möglichst gering gehalten werden, und ist es geplant, hier zu einer entsprechenden Ausschreibung zu kommen?

Wie bewertet der Senat die im Rahmen der Verwaltungsreform notwendige Ausschreibung der Trägerschaft öffentlicher Kindertagesheime?

Präsident Weber: Zur Beantwortung hat das Wort Frau Senatorin Adolf.

Senatorin Adolf: Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales beabsichtigt, entsprechend der Verfahren in den Vorjahren, die Trägerschaft für das KTH Arsten unter den Trägern von Kindertagesbetreuungseinrichtungen in Bremen auszusuchen. Dies geschieht unter anderem in der Absicht, so zu dem kostengünstigsten Angebot für den Betrieb zu kommen, zum Beispiel durch den Einsatz von Eigenmitteln. An dem Verfahren der Ausschreibung soll auch in Zukunft festgehalten werden, wenn sich die Frage der Trägerschaft für ein neues oder bereits existierendes Kindertagesheim stellt.

Präsident Weber: Möchten Sie eine Zusatzfrage stellen? - Bitte, Frau Striezel!

Abg. Frau **Striezel** (CDU): Vielen Dank, Frau Senatorin! Das ist eine gute Antwort. Kann der Jugendhilfeausschuss an diesem Ausschreibungsverfahren beteiligt werden? In anderen Bundesländern oder anderen Kommunen ist das so.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Ich bin jetzt etwas überfragt, wie das Verfahren hier läuft, aber wir können sicherlich noch einmal darüber reden.

Präsident Weber: Zu einer weiteren Zusatzfrage die Abgeordnete Frau Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Senatorin, kann der Senat ausschließen, dass weitere Anbauten notwendig werden, da jetzt schon absehbar ist, dass der Bedarf weiter steigt, und teilt der Senat die Einschätzung, dass die damals geplante Realisierung von Multi-Arsten in Kombination von Schule, KTH und Hort wesentlich kostengünstiger gewesen wäre als die Peu-à-peu-Bebauung in den letzten Jahren?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Wir planen im Moment das KTH Arsten in der Größe, wie wir es für angemessen und ausreichend halten. Ich bin jetzt nicht auf dem Laufenden, was die Zahlen angeht, was dieses Kombiprojekt gekostet hätte, von daher bin ich jetzt auch nicht in der Lage, Ihnen eine Einschätzung zu geben, wie der Vergleich wäre.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Könnte der Senat mir eine Aufstellung der Kosten geben?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Das will ich gern nachreichen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zwölfte Anfrage trägt die Überschrift „**Verschmutzung an Badeseen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Kleen, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Kleen** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die zunehmende Verschmutzung in den Uferbereichen der bremischen Badeseen?

Zweitens: Wie ist in der nächsten Badesaison die regelmäßige Reinigung der Uferbereiche über das Programm „Saubere Stadt“ sicherzustellen?

Drittens: Was beabsichtigt der Senat zu unternehmen, um das Bewusstsein der Badenden für Abfallvermeidung beziehungsweise Reinhaltung von Freizeitbereichen zu schärfen?

Präsident Weber: Zur Beantwortung hat das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Eine generell zunehmende Verschmutzung ist nicht festzustellen. Die Verschmutzung ist abhängig von der Besucheranzahl, und diese ist zwangsläufig stark witterungsabhängig. Durch das diesjährige lange sonnige Sommerwetter wurden die Badeplätze stark in Anspruch genommen, und dadurch entstand auch ein großer Anfall an Müll.

Zu Frage zwei: Die Aktion „Saubere Stadt“ ist bisher nicht auf Badeseen ausgedehnt worden. Sie umfasst bislang Grünflächen nur im Innenstadtbereich, an Einfallstraßen und gezielt angesprochene Schwerpunkte in verschiedenen Ortsamtsbereichen. Der Senat wird prüfen, ob bei der Gestaltung der Aktion „Saubere Stadt“ für das Jahr 2000 in Kenntnis der dann möglichen AB-Programme Spielraum besteht, aus der Aktion „Saubere Stadt“ Mittel für eine stärkere Reinigung der Badeseen bereit zu stellen. Voraussetzung ist, dass die Aktion „Saubere Stadt“ weiterhin über den Stadtreparaturfonds finanziert wird.

Die Badeseen werden durch Vergabe an Fremdfirmen und durch Stadtgrün Bremen gereinigt. Bedarfsträger für Strandflächen, Liegewiesen, angrenzende Pflanzungen und Parkplätze ist das Sportamt. Die Vergabe erfolgt durch Stadtgrün Bremen. Die Reinigung durch Firmen wird flexibel je nach Bedarf auf Anforderung durchgeführt. Für die anderen Grünflächen an den sieben Badeseen ist der Senator für Bau und Umwelt, Stadtgrün Bremen, zuständig. Trotz der Mittelkürzungen der letzten Jahre wurde die Reinigung nicht eingeschränkt. Stadtgrün Bremen verwendet mehr als 50 Prozent der vom Sportamt zugeteilten Mittel für Badeseen und Freizeiteinrichtungen für die Reinigung. Die Säuberung der öffentlichen Grünflächenanteile durch Stadtgrün Bremen erfolgt aus den Mitteln für die ordentliche Unterhaltung der Grünflächen mit eigenem Personal.

Zu Frage drei: Bisher wurde wiederholt durch Pressearbeit des Sportamtes und von Stadtgrün Bremen auf die hohe Verschmutzung und die großen Mengen anfallenden Mülls hingewiesen mit der Bitte, dass die Erholungssuchenden ihren Abfall wieder mit nach Hause nehmen möchten oder in bereitstehende Behälter entsorgen. Aller-

dings hatte dieser Appell keinen großen Erfolg. Zu Beginn jeder Badesaison sollen durch entsprechende Pressearbeit die Bürgerinnen und Bürger weiterhin angesprochen werden, um auf Abfallvermeidung und Reinhaltung der Freizeitbereiche hinzuwirken. Ferner ist das Thema „Saubere Stadt“ allgemein stärker in die Umwelterziehung aufzunehmen und durch die Medien mit entsprechenden Aktionen den Bürgern zu vermitteln.

Präsident Weber: Möchten Sie eine Zusatzfrage stellen? - Bitte, Frau Schreyer!

Abg. Frau **Schreyer** (CDU): Wird der Senat ein Verbot für Hunde, die ja auch zum großen Teil an der Verschmutzung der Badeseen teilhaben, erlassen, wie es schon in vielen Nachbargemeinden rund um Bremen geschieht?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Wenn ich das richtig weiß, Frau Abgeordnete, müsste ich da meinen Kollegen Schulte fragen, weil es in der Zuständigkeit des Innenressorts liegt. Ich denke, man wird hier sehr sorgfältig abwägen müssen zwischen den Interessen derer, die darauf Wert legen, dass sie nicht durch Hunde beeinträchtigt werden, und der Menschen, die Hunde haben und gern mit ihrem Hund draußen sind und auch an einem solchen See sind. Da, glaube ich, geht es mehr darum, dass sich auch Hundehalter und Hundehalterinnen daran orientieren, dass, wenn es zur Verunreinigung einer Rasenfläche durch den jeweiligen Hund kommt, die Hundehalterin oder der -halter dies auch selbst wieder beseitigt.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Das habe ich noch nie erlebt!)

Es gibt aber auch solche Hundehalter!

Ich glaube, man sollte beides gegeneinander abwägen. Ich glaube, dass in dieser Nachfrage, so habe ich sie zumindest verstanden, im Wesentlichen nicht die Hinterlassenschaften der Vierbeiner gemeint waren, sondern mehrheitlich die Hinterlassenschaften der Zweibeiner, die ihre Dosen, Papier und alles, was sie so mitbringen, eben nicht zusammenräumen, sondern liegen lassen.

Ich glaube, die Bitte und der Appell an die Bürgerinnen und Bürger, das, was man mitgebracht hat, wenn es dann leer ist, auch wieder einzupacken, ist, glaube ich, nicht zuviel. Wir haben das an vielen anderen Stellen der Stadt auch, wo sich Bürgerinnen und Bürger beschweren, dass es nicht sauber aussieht, dass wir einen erheblichen Reinigungsaufwand betreiben. Ich nenne

nur das Stichwort Osterdeich mit ständigen Reinigungen, wo wir gleichwohl nach jeder Veranstaltung wieder vor der Situation stehen, das Zurückgelassene einzusammeln. Ich glaube, wir sollten mehr an die Bürgerinnen und Bürger appellieren, sich auch ein bisschen gemeinschaftsfähig zu zeigen.

Präsident Weber: Ich glaube, ich habe Recht in der Annahme, dass Frau Senatorin Hundehalterin ist.

Senatorin Wischer: Zurzeit, Herr Präsident, bin ich ohne Hund!

(Heiterkeit)

Präsident Weber: Vielen Dank, Frau Senatorin! Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dreizehnte Anfrage trägt die Überschrift „**Aufbau eines effektiven touristischen Wegweisungssystems**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Emigholz, Frau Lemke-Schulte, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Ich bitte die Fragestellerin, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Emigholz** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die Notwendigkeit eindeutiger Wegweisungen zu den Kultureinrichtungen in Bremen?

Zweitens: Welche Erkenntnisse hat der Senat im Hinblick auf den Besuch kultureller Einrichtungen beziehungsweise Veranstaltungen über Parksuchverkehre, die Nutzung von Parkhäusern, die Belastung von Wohngebieten et cetera?

Drittens: Welche Pläne hat der Senat für den Aufbau eines touristischen Wegweisungssystems, durch das Autofahrer rechtzeitig auf Kultureinrichtungen beziehungsweise Parkmöglichkeiten hingewiesen werden?

Präsident Weber: Zur Beantwortung hat das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Bremen hat bereits vor Jahren ein touristisches Wegweisungssystem installiert, mit dem die Besucher und Besucherinnen der zahlreichen Kultureinrichtungen Bremens zu den dafür vorgesehenen Parkmöglichkeiten geführt werden.

Für die Besucher der Kulturmeile wird zurzeit eine Wegweisung in das vorhandene touristische Leitsystem eingepasst. Damit wird den auswärtigen Besucherinnen und Besuchern der Weg zu den Veranstaltungsorten im Bereich um das Goethe-theater gewiesen beziehungsweise der Weg zum Parkhaus Osterdeich/Theater verdeutlicht.

Als besonders effektiv ist in diesem Zusammenhang die Wegweisung zum Musical zu nennen, die mit ihrer Erkennbarkeit und eindeutigen Führung die Besucher des Musicaltheaters problemlos von den Autobahnen zu den Parkplätzen rund um den Veranstaltungsort leitet. Die Autofahrer werden dabei zu den in der Nähe liegenden Parkhäusern geführt. Auch im Rahmen von großen Ausstellungen wie „Gold aus dem Kreml“, zu der eine große Zahl auswärtiger Besucherinnen und Besucher nach Bremen kam, wurden separate Wegweisungen bereits an der Bundesautobahn installiert, um die Besucher auf freie Parkplätze zu leiten. Für die Fußgänger werden im Rahmen des Fußgängerleitsystem alle Kultureinrichtungen in der Innenstadt erfasst.

Zu Frage zwei: Bei großen Veranstaltungen in der Kunsthalle oder im Übersee-Museum kommt es zeitweilig zu Parkplatzsuchverkehren, weil Besucher in unmittelbarer Nähe des Veranstaltungsortes noch einen freien Parkplatz erwarten. Den Besuchern, die den vorhandenen Wegweisungen folgen, wird in der Regel ein freier Parkplatz angeboten.

Zu Frage drei: In Abstimmung mit einem Designbüro wird die Möglichkeit zur Modernisierung des heute vorhandenen Wegweisungssystems auf touristische Ziele und Hotels in der Innenstadt überprüft, wobei die Verbindung zur innerörtlichen Wegweisung besonders berücksichtigt werden soll. Erforderlich für Bremen als Oberzentrum einer größeren Region ist ein neues Wegweisungssystem für touristische Ziele, für Hotels und für zeitlich befristete Veranstaltungen an verschiedenen Orten in der Stadt, zum Beispiel die Vorhaben im Rahmen der Expo im kommenden Jahr, das den Anforderungen an ein modernes, leicht erkennbares und variabel aufgebautes Leitsystem entspricht. Es ist vorgesehen, die ersten Vorarbeiten noch in diesem Jahr durchzuführen, um danach ein System mit überzeugender gestalterischer Qualität erarbeiten zu lassen, das den Besucher in Bremen ohne Umwege auf dem kürzesten und schnellsten Wege zu seinem Ziel führen wird.

Präsident Weber: Möchten Sie eine Zusatzfrage stellen? - Bitte, Frau Emigholz!

Abg. Frau **Emigholz** (SPD): Stimmen Sie mit mir überein, im Zuge dieser Maßnahme auch noch einmal zu prüfen, ob bisher zum Beispiel Einrichtungen wie die Weserburg eindeutig beworben worden sind, die erst ab Weserbrücke zu erkennen sind, also unmittelbar vorher, oder das Focke-Museum nur Ortskundigen zugänglich ist? Da müsste eventuell etwas getan werden.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Da stimme ich Ihnen zu!

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Damit ist die Fragestunde beendet.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 2 vom 28. September 1999 (Drucksache 15/26 S)

Wir verbinden hiermit:

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 3 vom 12. Oktober 1999 (Drucksache 15/34 S)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Gemäß Paragraph 9 Absatz 2 des Petitionsgesetzes findet eine Aussprache nur statt, wenn mindestens 20 Abgeordnete dies verlangen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Fahrradstation am Hauptbahnhof

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 29. September 1999
(Drucksache 15/27 S)

Wir verbinden hiermit:

Fahrradstation am Hauptbahnhof

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 19. Oktober 1999
(Drucksache 15/38 S)

Dazu als Vertreter des Senats Frau Senatorin Wischer, ihr beigeordnet Staatsrat Logemann.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dreimal ist Bremer Recht, und wir, Bündnis 90/Die Grünen, nehmen uns auch dieses Recht, indem wir heute zum dritten Mal in dieser Bürgerschaft die Frage nach der Fahrradstation am Hauptbahnhof zwischen dem dortigen Hauptgebäude und dem Verwaltungsgebäude einbringen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zweimal in der vergangenen Legislaturperiode wollten Sie sich nicht darauf festlegen, ob und wann und wo diese Koalition eine Fahrradstation am Bahnhof baut. Nun scheint es so, dass Senator Schulte als Abschiedsgeschenk den Bremer Bürgerinnen und Bürgern und damit auch der großen Koalition und uns allen einen Fahrradparkplatz am Hauptbahnhof geschenkt hat, der mittlerweile zum Mahnmal dafür geworden ist, dass wir eine Fahrradstation brauchen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Genau das scheint ja nun auch bei der Koalition angekommen zu sein, weil sie uns heute kurz vor Sitzungsbeginn noch einen Antrag vorgelegt hat, der in den Kernpunkten deckungsgleich mit dem Antrag ist, den Bündnis 90/Die Grünen eingebracht hat.

Meine Damen und Herren, warum eigentlich müssen wir so lange darauf warten, bis die große Koalition erste Schritte in Richtung der dringend notwendigen Fahrradstation macht? Ich glaube, das hat mit dieser Koalition und insbesondere der Politik eines Koalitionspartners zu tun. Als 1995

die CDU in die Koalition eintrat, gab es ja die gesamten Planungen für den Bahnhofsvorplatz schon. Es gab auch schon Überlegungen für ein Fahrradparkhaus, es wurde damals ein Auftrag zur Planung eines solchen Fahrradparkhauses vergeben, sogar mit Mitteln aus dem WAP unterstützt.

Als die CDU in die Regierung eintrat, zog auch ein neuer Gedanke in die Regierung ein, wir umschreiben ihn einmal so allgemein wie „freie Fahrt für freie Bürger“. Das ist noch nicht so schrecklich, das ist ja ein alter Gedanke, den Autofahrerorganisationen vor sich her trugen. Aber leider, und das hat ganz unmittelbar mit diesem Fahrradparkplatz zu tun, den Sie in Ihrem Antrag erwähnen und wir auch, äußert sich dieser Gedanke „freie Fahrt für freie Bürger“ manchmal schon ziemlich krankhaft. Man kann diese Krankheit Stauphobie nennen, die sich da ausdrückt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Frau Senatorin Lemke-Schulte hatte darunter ja auch schon in ihrer Amtszeit zu leiden.

(Abg. Focke [CDU]: Das war damals auch etwas anderes! - Heiterkeit bei der CDU)

Diese Stauphobie führte nämlich dazu, dass plötzlich dem Autofahrer nicht mehr zugemutet werden konnte, rund um das Grundstück am Bahnhofsvorplatz herumzufahren, wie es geplant war, sondern es sollte eine direkte Wegeführung, möglichst staufrei, in die Innenstadt und um den Bahnhof herum ermöglicht werden.

Deshalb habe ich vorhin schon gelacht, als Herr Senator Perschau sagte, diese ganze Frage des Grundstücks am Bahnhof hat überhaupt nichts mit Politik zu tun. Natürlich hat sie etwas mit Politik zu tun, weil die Stauphobie dazu führte, dass das Grundstück Bahnhofsvorplatz etwa um ein Viertel kleiner geworden ist und dass das Grundstück Bahnhofsvorplatz so, wie es jetzt aussieht, sich natürlich sehr viel schlechter vermarkten lässt als zu der Zeit, als der Bahnhofsvorplatz umgebaut wurde.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf von der CDU: Im Gegenteil, sogar besser!)

Meine Damen und Herren, die Stauphobie ist leider eine Krankheit, deren Heilung die Stadt Bremen offensichtlich eine Menge Geld gekostet hat. Ich will jetzt gar nicht darüber reden. Herr Senator Perschau hat ja heute die Frage, dass die Finanzierung eines Teils des Bahnhofsvorplatzumbaus auch noch ganz haarscharf an der Landeshaushaltsordnung vorbei geschehen musste, diskret

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

umgangen. Das ist heute vielleicht nicht Thema der Debatte.

Leider zieht diese Stauphobie offensichtlich noch andere, ähnliche Krankheiten nach sich, nämlich so eine Art Platzangst, nämlich Parkplatzangst, die man dann leicht bekommt. Dies führte dazu, als im Sommer 1997 endlich im Sinne der CDU zwar die Frage des Verkehrs in die Innenstadt, fast staufrei, geregelt war, dass nun plötzlich auffiel, dass am Bahnhof Parkplätze fehlten. 50 zusätzliche Kurzzeitparkplätze wurden damals in der Sitzung der Wirtschaftsförderungsausschüsse Hals über Kopf verlangt. Die Kollegin, die das damals durchsetzte, ist nun mittlerweile, vielleicht auch aufgrund dieser Verdienste, zur Staatsrätin befördert worden. Kurz und gut: Das Fahrradparkhaus konnte wegen der fehlenden Kurzzeitparkplätze plötzlich auch nicht gebaut werden.

Das änderte sich auch in der gesamten Legislaturperiode nicht. Die Sozialdemokratie hat unsere Anträge zweimal hier abgelehnt. Frau Kollegin Klöpffer, ich kann es noch aus dem Protokoll zitieren, hat gesagt, leider darf ich Ihrem Antrag nicht zustimmen, weil die große Koalition es nicht erlaubt. Der Kollege Jägers hat gesagt, ich stimme voll mit Ihrem Antrag überein - noch im März dieses Jahres -, aber leider, leider kann ich nicht so abstimmen, wie Sie wollen.

(Heiterkeit)

Kurz und gut: Ergebnis ist dieses Mahnmal für ein Fahrradparkhaus, und dieses Mahnmal, das heute da steht, hat natürlich einen ungeheuren Vorzug: Es zeigt, wie viele Fahrräder mindestens am Hauptbahnhof sicher untergebracht werden müssen. Heute Mittag um ein Uhr war es voll, da stehen über 500 Fahrräder,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

und sie treiben natürlich den Preis für eine Fahrradstation in die Höhe. Wer jetzt eine ordentliche Unterbringung in einem Fahrradparkhaus mit Servicestation bauen will, der muss schon Qualität anbieten, weil die Fahrradfahrer am Bahnhof jetzt etwas haben, was sich von dem unterscheidet, was vorher war.

(Zuruf des Abg. Dr. Schrörs [CDU] - Heiterkeit bei der CDU)

Nein, nicht Hotel, aber man könnte zum Beispiel wie in Freiburg ein ordentliches Reisebüro für Fahrradtourismus da unterbringen. Das wäre auch keine schlechte Idee, dass Sie sich einmal ein paar Gedanken darüber machen, dass die Fahrradfahrer, sowohl die, die nach Bremen kommen,

als auch die, die aus Bremen herausfahren, ihr Fahrrad da abstellen, auch etwas für Bremens Wirtschaft tun. Jeder Fahrradfahrer aus Bremen, der sein Fahrrad da abstellt und mit dem Zug fährt, zahlt wenigstens seine Steuern hier. Diejenigen, die mit dem Auto hier einpendeln, zahlen keine Steuern in Bremen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Lachen Sie nicht so sehr über die Fahrradfahrer!

Kurz und gut: Ich freue mich ja, dass sich die große Koalition nun in ihrer Zweitaufgabe endlich davon hat überzeugen lassen - ich hoffe, die Kollegin Mull hat daran auch ihren Anteil, ich habe es neulich in der Presse gelesen -, dass nunmehr ein Fahrradparkhaus kommt und dass auch ein Termin genannt worden ist. Das ist nämlich der Fortschritt. Wir sagen in unserem Antrag, bis zum Abbau des Containerdorfes, das da steht, soll diese Station fertig geplant sein, so dass anschließend gebaut werden kann. Sie sagen in Ihrem Antrag mit dem Datum 2000, das heißt, wenn der Bahnhof fertig gestellt ist, genau das Gleiche wie wir.

Insofern sind wir uns einig, wenn Sie nun auch sagen, wir bauen an dieser Stelle das Fahrradparkhaus nach den alten Konzepten. Ich hoffe, dass das auch so gemeint ist, Frau Kollegin Lemke-Schulte, und ich hoffe, dass Sie, Frau Senatorin Wischer, dann auch bestätigen werden, dass das so kommt.

Nun habe ich leider gehört, dass Sie, obwohl es ja deckungsgleich zu sein scheint, unserem Antrag nicht zustimmen wollen.

(Zuruf des Abg. Focke [CDU])

Sie lehnen das ab. Es gibt da ja so ein Teiser'sches Naturgesetz, habe ich im letzten Jahr im Landtag gehört, dass die Koalition naturgemäß richtige Anträge ablehnen muss und sie dann noch einmal so formuliert, dass sie selbst auch zustimmen kann.

Machen Sie es, wie Sie es wollen, meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass der Druck, den die Fahrradfahrer gemacht haben, die wir unterstützt haben, nun offensichtlich zum Ziel führt. Sagen Sie uns heute zu, dass dieses Fahrradparkhaus gebaut wird! Lehnen Sie naturgemäß unseren Antrag ab, er wird nicht falscher, als er ist, wir werden nachher sagen, wie wir mit Ihrem Antrag umgehen. Wenn Sie das Gleiche meinen wie wir, stimmen wir zu, wenn Sie nicht das Gleiche

che meinen wie wir, werden wir ihn naturgemäß auch ablehnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, bevor wir in der Rednerliste fortfahren, darf ich eine Gruppe von Senioren der SPD aus dem Stadtteil Hastedt begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind uns sicher in diesem Hause einig, dass die Fahrradbügel auf dem Investorengrundstück in der Tat nicht geeignet sind, irgendwelche städtebaulichen Wettbewerbe zu gewinnen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU - Abg. Focke [CDU]: Das kann man so sehen!)

Sie sind gleichwohl aber eine pragmatische Zwischenlösung, die Gewähr dafür bietet, dass es eine Möglichkeit gibt, das wilde Parken von Fahrrädern zu reduzieren und eben den Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrern über den Winter Platz zu bieten. Diese Notlösung macht uns deutlich, wie notwendig es ist, dass wir ein Fahrradparkhaus bekommen, in der Tat ein Fahrradparkhaus, wie wir als Sozialdemokraten in der letzten Legislaturperiode schon gefordert haben, und zwar ja nicht allein, weil Senator Schulte als zuständiger Bausenator uns in dieser Frage immer seine Unterstützung zugesagt und versichert hat, dass man dies braucht, wenn man die Bauarbeiten am Südtail des Bahnhofs fertig gestellt hat.

Darum freue ich mich, dass wir heute einen Antrag haben, der von SPD und CDU eingebracht worden ist und der deutlich sagt, dass wir im nächsten Sommer nach Abschluss der Bauarbeiten am Bahnhof mit dem Aufbau eines solchen Fahrradparkhauses beginnen. Wir freuen uns, es ist gut für die ganze Stadt, dass es endlich losgeht!

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang, Herr Kollege Mützelburg: Ihren Antrag können Sie dann ganz befriedigt zurückziehen, wenn Sie der Auffassung sind, dass es deckungsgleich ist, und ich sehe es

in der Tat so, dass es an dieser Stelle deckungsgleich ist.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann können Sie unserem auch zustimmen!)

Ja, aber Sie müssen natürlich immer alle Punkte von Anträgen lesen, und Ihr Antrag leidet leider unter Unvollständigkeit.

(Zurufe des Abg. Zachau [Bündnis 90/Die Grünen] und des Abg. Focke [CDU])

Ich komme darauf zurück, wenn wir auf die Frage kommen, wie wir mit Parkplätzen für Autos und dem Individualverkehr umgehen. Natürlich ist es so, dass wir gemeinsam wollen, dass alle den Bahnhof gut erreichen und auch dort im Kurzzeitbereich parken können, um zu be- und entladen. Das ist doch wohl eine Selbstverständlichkeit.

Das Fahrradparkhaus selbst soll im westlichen Bereich des Bahnhofsvorplatzes angesiedelt sein und wird nach unseren Vorstellungen so aussehen, wie die BrePark es schon gemeinsam mit dem ADFC und anderen Einrichtungen entwickelt hat. Es soll ein richtiges Dienstleistungszentrum werden, was in dem Zusammenhang ein bisschen mehr ist als eine einfache Parkanlage, und ersetzt eigentlich die Station, die wir bisher in dem Zusammenhang schon hatten. Es schafft damit im Übrigen auch in einem zugegebenermaßen kleinen und sehr lokal ausgerichteten Dienstleistungsbereich Arbeitsplätze.

Es sind auch schon in der letzten Legislaturperiode andere Standorte geprüft worden. Senator Schulte war es ja, der beispielsweise den Bunker auf der Ostseite geprüft hat, ob das eine Möglichkeit wäre, und er hat diese Alternative verworfen, weil die geringe Akzeptanz vorhersehbar war.

Jetzt kommen wir zu den Autoparkplätzen! Da ist mir erst einmal wichtig, dass die gesamte Planung des Bahnhofsvorplatzes und auch das, was wir heute vorfinden, schon so ausgelegt ist, dass wir Parkplätze, auch Kurzzeitparkplätze, dort haben. 60 Parkplätze finden Sie heute westlich des Ausgangs in Richtung Übersee-Museum. Das ist gut und richtig so, und wir wollen nun versuchen, soweit es möglich ist, diese Zahl noch zu erweitern, um, wie gesagt, diesem Kurzzeitbereich Möglichkeiten zu geben.

Frau Senatorin Wischer hat dieser Tage gemäß der Koalitionsvereinbarung, so steht es in unserem Antrag unter Punkt eins, die BrePark beauftragt, nun einmal darzulegen, zu überprüfen und ein Konzept vorzulegen, wie eine solche Verein-

barkeit von Fahrradparkhaus und Individualparkplätzen möglich ist. Da muss man dann die Pkw-Parkplätze mit der Polizeistation und der von mir eben angesprochenen hochwertigen Fahrradstation zusammenbringen inklusive aller Dinge, die die Deutsche Bahn dort braucht.

Wichtig ist doch, dass wir dabei drei Dinge beachten: Das Ganze muss erstens funktional sein, es muss sozusagen sowohl für den Autoverkehr, aber eben auch für das notwendige Unterbringen von Fahrrädern - ich sage nur Bügel in der jetzigen Situation - funktional sein. Zweitens muss es in städtebaulicher Hinsicht an diesem zentralen Platz, in den wir viel Geld investiert haben, vernünftig sein und eine gute Qualität gewährleisten. Der dritte Punkt, das gilt doch gerade für unsere große Koalition in jeder Pore: Es muss auch finanziell vernünftig darstellbar sein und sich in dem Rahmen bewegen, in dem es möglich ist.

Meine Damen und Herren, der Antrag der Grünen wird von uns abgelehnt, weil er an der einen Stelle in die richtige Richtung weist und unserer Auffassung entspricht. In der Tat, Kollege Mützelburg hat es gesagt, das ist der dritte Aufguss. Hier „Dreimal ist Bremer Recht“ zu zitieren, finde ich ein bisschen Verhöhnepipelung dieses schönen Spruchs, es ist der dritte flauere Aufguss!

(Beifall bei der SPD - Zurufe der Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen] und des Abg. Eckhoff [CDU])

Entscheidend ist, dass wir in dem Zusammenhang das Gesamtpaket machen. Genau, Herr Kollege Eckhoff, wir machen mit diesem Punkt zwei das Fahrradparkhaus! Wir sprechen in unserem Antrag eben an, dass auch die Frage für den Individualverkehr zu klären ist. Insofern bleibt von dem Antrag der Grünen eigentlich nur die Prognose im ersten Absatz, dass sich mittlerweile in dieser Stadt eine Mehrheit für das Fahrradparkhaus gefunden hat. Das ist doch gut, das begrüßen wir.

(Beifall bei der SPD - Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, dann stimmen Sie dem doch zu!)

In diesem Zusammenhang, und damit komme ich zum Schluss, meine Damen und Herren, wir werden mit unserem Beschluss und dem Vorgehen nicht das Auto gegen das Fahrrad oder gegen die Straßenbahn, die dort ja ein wichtiger Verkehrsträger ist, setzen. Wir werden uns um eine vernünftige Anzahl von Autoparkplätzen bemühen, und vor allem werden wir dieses Parkhaus für Fahrräder, diese Parkstation mit Servicestation, im Sommer nächsten Jahres zu bau-

en beginnen. - Ich bitte um Zustimmung zu dem Antrag der SPD und der CDU!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Schreyer.

Abg. Frau **Schreyer** (CDU)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Herr Dr. Sieling hat mir schon vieles vorweggenommen, aber ich will doch die Position der CDU auch noch deutlich machen.

Für uns muss nach Abbau der Dienstleistungscontainer - voraussichtlich im Sommer 2000 - die Wiederherstellung der Kurzzeitparkplätze sowie Behindertenparkplätze absoluten Vorrang haben,

(Beifall bei der CDU)

da weite Wege mit schwerem Gepäck für eine Vielzahl von Reisenden unzumutbar sind. Eben dies sagt auch der Koalitionsvertrag aus.

Es wird wiederholt von etwa 60 Parkplätzen im Umfeld der Südseite des Bahnhofs gesprochen. Diese Parkplätze bieten aber den Service nicht. Es wird auch eine zweite Fahrradstation am Hauptbahnhof von uns gefordert, denn sie ist nach den Erfahrungen vom Parkhaus am Nordausgang auf der Südseite genauso erforderlich. Es muss eine akzeptable Lösung sein, die den heutigen Anforderungen gerecht wird. Eine gut funktionierende Anlage mit Serviceangebot wird auch, wenn sie statt 100 etwa 150 Meter weiter vom Bahnhofseingang entfernt ist, angenommen, auch wenn es gebührenpflichtig ist. Darüber sollte man auch einmal nachdenken, dass die Fahrräder nicht völlig gratis dort abgestellt werden können.

(Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]: Wieso? Das will doch keiner!)

Ich denke, da sind die Fachleute, die Planer gefragt. Es muss doch bis Februar 2000 gelingen, unter Fachkompetenz ein Konzept zu erarbeiten und vorzustellen beziehungsweise das schon vorhandene Konzept umzuplanen, um der Forderung nach dringend benötigten Kurzzeitparkplätzen sowie einer Fahrradstation gerecht zu werden, damit im Jahr 2000 mit dem Bau der Station begonnen werden kann.

Nun noch ein paar Sätze zu den Fahrradbügeln! Die sind zugegebenermaßen nicht unbedingt

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

schön, aber sie sind zweckmäßig für die Übergangszeit.

(Abg. Zachau [Bündnis 90/Die Grünen]: Und teuer!)

Sie sind sinnvoll, städtebaulich zwar nicht gerade eine Glanzleistung, als Provisorium, denke ich, aber akzeptabel, da das völlig ungeordnete Abstellen von Fahrrädern vor dem Bahnhofseingang verhindert wird, so hoffen wir jedenfalls,

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

wenn man sich anschaut, dass nicht nur die Bügel genommen werden, sondern die Fahrräder werden nach wie vor an den Bäumen festgezurt und auch vor dem Bahnhofseingang abgestellt. Es ist, sage ich einmal, auch eine Unverschämtheit. Die Bügel sind da, und die Fahrräder werden trotzdem ungeordnet abgestellt.

(Zuruf des Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen])

Den Antrag vom Bündnis 90/Die Grünen lehnen wir ab, da der Antrag der Koalition weitergehend ist. Wir denken auch an Behinderte und alte Menschen, die im nahen Umfeld einen Parkplatz finden müssen. Daran denken Sie, meine Damen und Herren vom Bündnis 90/Die Grünen, nicht. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU - Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt klappt es aber!)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer^{*)}: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde, nach den Beiträgen der Damen und Herren, die vor mir gesprochen haben, könnten wir doch als eine gute Botschaft nach draußen bringen: Bremen ist auch eine Stadt der Fahrradfahrer und Fahrradfahrerinnen, ähnlich wie wir das von Holland sagen, wo dies auch ein Sympathieträger ist. Also nehme ich die Debatte, die ich eben gehört habe, dafür, dass Bremen auch, was Fahrrad fahren anbelangt, eine Stadt ist, die richtig vorn ist und dass wir ganz viele haben, für die wir dann auch die entsprechenden Plätze brauchen.

(Beifall bei der SPD)

Die zweite gute Botschaft, die ich mitnehme, ist die, dass es Einigkeit in diesem Hause gibt,

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Nach dem dritten Antrag der Grünen!)

so habe ich das jetzt verstanden, dass wir dieses Fahrradparkhaus an der Südseite so wie gedacht auch bauen sollen.

Es gibt noch Unterschiede in der Frage, die zu prüfen ist. Herr Sieling hat es angesprochen, dass wir im Augenblick die BrePark als diejenige, die Betreiberin sein wird, gebeten haben, die Frage der Nutzungskonzeption noch einmal neu zu überprüfen, so wie wir es in der Koalitionsvereinbarung auch abgemacht haben, zu klären, ob die Frage gemeinsamer Nutzung - auf der einen Seite Pkw, auf der anderen Seite Radfahrer - mit einem Dienstleistungsangebot, auch was Polizeiwache und Servicestation anbelangt, eine Lösung ist, die trägt, ob sie sich auch wirtschaftlich gestalten lässt, wie weit dies dann auch zu realisieren ist.

Sie haben die Bitte geäußert, dass wir Ihnen bis Februar einen Bericht vorlegen. Ich bin davon überzeugt, dass wir bis Februar auch einen solchen Bericht fertig gestellt haben, um Ihnen auch zu sagen, welche Erkenntnisse aus dieser Beauftragung der BrePark herausgekommen sind.

Das Letzte, was ich sagen wollte, betrifft die Autofahrerinnen und Autofahrer, was eben noch einmal von Frau Schreyer angesprochen wurde. In diesen Auftrag haben wir das mit hineingegeben, um die Gesamtsituation, die Ihnen auch am Herzen liegt, in diesem Bereich untersuchen zu lassen, ob es möglich ist, was es bedeutet, wenn man verstärkte Autoverkehre an dieser Stelle hat. Dies alles soll einbezogen werden in die Betrachtung.

Zu der Frage der Fahrradbügel, die wir dort jetzt haben! Gewiss sind sie nicht schön, darin gebe ich Ihnen Recht. Ich glaube aber, es ist ein pragmatischer Umgang mit der Frage, was wir in der Zwischenzeit als Provisorium machen können. Wir sind bemüht, gemeinsam mit dem ADFC dafür zu werben und die Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer aufmerksam zu machen, dass jetzt auch Schluss sein muss mit dem Parken an den Pfählen und Bäumen. Das ist in vielerlei Hinsicht wirklich eine nicht befriedigende Situation. Es soll noch einmal eine Kampagne gestartet werden, bei der man auch denjenigen, die es immer noch nicht lassen können, den Hinweis gibt, dass sie sehr viel besser auf dem Provisorium im Augenblick parken können.

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

Meine Damen und Herren, was den Zeitpunkt des Baubeginns anbelangt, der hier nun, wie ich finde, in sehr schöner Klarheit auf Sommer 2000 gelegt worden ist, möchte ich Sie nur darauf aufmerksam machen, dass es eben erst nach Räumung der Container gehen kann, also wenn die jetzigen Nutzer wieder im Bahnhof ihren Platz gefunden haben. Erst dann kann der Bau beginnen. Ob das akkurat Sommer ist oder ob es Herbst wird, vermag ich im Augenblick nicht zu sagen. Wichtig ist, dass wir es anpacken wollen, und dafür bin ich Ihnen dankbar, dass Sie das so geschlossen fordern. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Jubel über den Antrag der Koalition verfliegt langsam nach den Erklärungen von Herrn Sieling und insbesondere von Frau Schreyer. Worüber wir uns einig sind, ist offensichtlich, dass wir alle diesen Fahrradbügelparkplatz, wie er jetzt existiert, zwar hässlich, aber praktisch finden und gleichzeitig nicht als dauerhafte Lösung.

Ich hoffe, dass dieser Begriff hässlich, aber praktisch jetzt nicht zum Modell für bremische Städtebaupolitik wird. Ich denke da an schwimmende Schuhkartons und ähnliche Geräte, die auch hässlich, aber praktisch sein können.

Frau Kollegin Schreyer, Sie haben eigentlich noch einmal ganz deutlich gesagt, was uns unterscheidet. Sie haben gesagt, absoluten Vorrang haben diese Stellplätze.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir brauchen uns gar nicht zu streiten, dass Stellplätze für Behinderte da sein müssen. Da finden Sie uns als Allererste an Ihrer Seite. Wir glauben aber nicht, dass wir das angemessen finden, das ist ja praktisch der Vorschlag, eine Autoparkanlage mit einem Fahrradparkhaus zu überbauen! Was wir vorgeschlagen haben, und das war auch das Konzept, das Frau Senatorin Wischer in ihrem Hause vorliegen hat: Eine tatsächliche Fahrradservicestation, die sowohl Fahrräder unterbringt wie Dienstleistungen rund ums Fahrrad anbietet, und nicht nur für 500, 600 oder 700, sondern der Vorschlag lag damals bei 1000 Fahrrädern. Das entspricht dem, was Frei-

burg am Bahnhof gebaut hat, und Freiburg hat wesentlich weniger Einwohner als wir! In Groningen sind es weit über 1000, knapp 1500 Plätze, die in der Fahrradstation vorgesehen sind. Das liegt uns näher als Freiburg.

Wenn wir alles das, was wir jetzt um den Bahnhof herum sehen, Frau Schreyer hat einiges beschrieben, unterbringen wollen, brauchen wir ein ordentliches Parkhaus. Darum sagen wir an dieser Stelle: Vorrang für den Fahrradfahrer!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Rings um den Bahnhof gibt es genug Vorrang für den Autofahrer.

Wenn ich daran denke, dass wir dieses wunderschöne Grundstück dann frei haben, das Herr Perschau doch für in absehbarer Zeit verkäuflich erklärt hat, dann haben wir darunter eine große Anzahl von Parkplätzen. 400 sind geplant. Wenn wir da nicht Kurz- und Langzeitparkplätze für Bahnhofsbenutzer unterbringen können, dann weiß ich nicht, wer in dieser Stadt hier planerisch irgendetwas zu sagen hat. Das ist auch nahe genug, um anschließend sein Auto abzustellen, wenn man einen Beifahrer mit dem Koffer vor dem Bahnhof abgeladen hat.

Meine Damen und Herren, es gibt keinen Bahnhof, der neu gemacht worden ist in dieser Bundesrepublik, der von allen Seiten für Autos zugänglich ist, nicht in Leipzig, nicht in Stuttgart, nicht in Düsseldorf, nicht in Köln, wo jetzt gebaut wird. Sie haben immer eine, maximal zwei Zufahrten für Pkw. Sie haben auch nicht rundherum Parkplätze, sondern sie haben Einrichtungen für Fahrradfahrer, für Autofahrer, sie haben den ÖPNV. Das ist ein vernünftiger Mix.

(Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]: Wir haben auch den ÖPNV!)

Lassen Sie uns diesen Weg auch hier in Bremen gehen! Bremen muss auch in dieser Frage nichts Besonderes sein, Bremen muss erst einmal das ausgleichen, was fehlt, nämlich der Platz für Fahrradfahrer am Hauptbahnhof, den muss es künftig geben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

Als Erstes lasse ich über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/27 S abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/27 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Da waren aber viele nicht da!)

Nun lasse ich über den Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 15/38 S abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 15/38 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

Wahl eines Mitglieds des Betriebsausschusses Bremer Kommunikationstechnik

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Freiluftgastronomie in der Innenstadt bis 24 Uhr öffnen

Mitteilung des Senats vom 5. Oktober 1999
(Drucksache 15/29 S)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Hattig, ihm beigeordnet Staatsrat Dr. Färber.

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet.

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU)^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt uns die Richtlinie zur Festsetzung der Betriebszeiten von Freisitzen in Gaststättenbetrieben vor. Ein sehr kompliziert anzuhörendes Gebilde und auch etwas kompliziert beschrieben, was aber nichts anderes ist, als dass wir verlängerte Gastronomiezeiten für Außenplätze haben, nämlich bis 24 Uhr.

Wir finden das ganz toll, dass innerhalb von kurzer Zeit diese Dienstanweisung nun ergangen ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben im Juli debattiert und beschlossen, dass wir gern die Freiluftgastronomie in der Innenstadt bis 24 Uhr geöffnet haben möchten.

(Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

Wir haben in diesem Sommer sehr gutes Wetter gehabt. Wir hatten keine Anweisung, aber die Behörden haben jetzt schon in diesem Sommer praktisch so gehandelt, als wenn wir solch eine Dienstanweisung hätten. Das, finde ich, ist sehr gut und tut einer weltoffenen Stadt Bremen gut. Auch da hat der Senat gut gehandelt.

Das Einzige, das mich ein bisschen stört, ist, dass diese Dienstanweisung automatisch im Jahr 2004 wieder außer Kraft tritt. Ich habe gar nichts gegen eine Erprobungsphase, aber ich würde das nicht einfach so machen, dass man das automatisch wieder außer Kraft setzt, sondern dass man dann, wenn man sieht, dass es vielleicht Anpassungen

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

oder Änderungen gibt, im Laufe der Jahre in eine Anweisung einarbeitet. Ich kann nur hoffen, dass wir im Jahr 2004 dann nicht wieder vor dem Thema stehen, das vergessen zu haben, dass es diese Dienstanweisung nur befristet gegeben hat und dann wieder von vorn anfangen.

(Abg. Frau Hammerström [SPD]: Oder auf Wiedervorlage legen!)

Vielleicht kann man da noch einmal überlegen, ob man das auch etwas anders handhaben kann!

Ich finde schon, dass sich hier gezeigt hat, dass sich Bremen touristisch in den letzten Jahren sehr gut entwickelt und in diesem Jahr auch eine besonders herausragende Attraktion an der Schlachte gefunden hat, die die Touristen anzieht, nicht nur die auswärtigen, sondern auch die Bremer, und dass die Innenstadt sehr belebt worden ist. Mit dieser Dienstanweisung wird das weiter erleichtert, und wir begrüßen daher sehr, dass das jetzt so schnell passiert ist. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Kummer.

Abg. Frau **Kummer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann hier meine erste Rede über Biertrinken in der Innenstadt bis 24 Uhr halten. Das ist, finde ich, ein sehr angenehmes Thema, verglichen mit den Problemen, mit denen wir uns hier sonst beschäftigen.

(Beifall bei der SPD)

Der letzte Sommer hat es gezeigt: Bremen hat sich doch oder wieder ein Stück weltstädtisches Flair zurückerobert. Die Stadt ist wieder ein Stück an das Wasser gerückt, und auch nach Ladenschluss bleiben die Bürgersteige nach unten geklappt. Für den Besuch von außerhalb hat man auch am zweiten Abend, nachdem man am ersten Abend im Viertel gewesen ist, noch etwas zum Vorzeigen gehabt.

Doch bei aller Freude über das Erreichte, bei aller Freude darüber, dass Bremen wieder ein Stück an touristischer Anziehungskraft dazugewonnen hat, dürfen wir doch nicht vergessen, dass es nach dem Feiern wieder darangeht, dass wir arbeiten müssen, und dass wir das, was wir vielleicht drei Wochen lang in der Toskana ganz schön fanden, nicht unbedingt jeden Tag vor unserer Haustür haben möchten. Es gibt noch genug Menschen, die in, wie es so schön amtsdeutsch in der Mitteilung des Senats heißt, Gebieten mit touristischer und/oder innerstädtischer Freizeitorien-

tionierung wohnen. Schließlich wollen wir nicht nur Touristen und Touristinnen in Bremen haben, sondern wir wollen auch, dass die Menschen hier wohnen und gern hier wohnen bleiben.

Auch wenn wir darüber nachdenken, dass wir das Wohnen in der City zwischen Wall und Weser wieder attraktiv machen, kommen wir nicht umhin, diese verschiedenen, sich manchmal widersprechenden Nutzungen unter einen Hut zu bekommen.

Ich habe in den letzten Jahren im zuständigen Fachausschuss des Beirates Östliche Vorstadt viel mit Diskussionen über dieses Thema verbracht, und wir haben da teilweise wirklich um den letzten Stuhl, der draußen steht, gestritten. Wir haben jedes Jahr wieder aufs Neue zwischen den berechtigten Interessen der Anwohner und Anwohnerinnen und den Wünschen der Leute, die die Kneipen betreiben, abgewogen.

Vor diesem Hintergrund bin ich doch recht froh, dass wir dieses sensible Thema in doch recht großer Einmütigkeit vorgebracht haben, und das nicht nur hier im Haus, sondern, was mir viel wichtiger ist, in den betroffenen Beiräten vor Ort. Die vorliegende Richtlinie, von der wir heute Kenntnis zu nehmen haben, erfüllt meines Erachtens, und da bin ich mir mit den Kollegen und Kolleginnen vor Ort einig, die Anforderungen an eine Grundlage für eine sorgsame Güterabwägung voll und ganz. Die Verwaltung hat ihre Hausaufgaben in gewohnt solider Art und Weise gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Der nächste Sommer wird zeigen, wie sich dieser Kriterienkatalog in der Praxis bewährt, und ich sehe überhaupt kein Problem, Herr Focke, dass man ihn einfach im Jahr 2004, wenn es dann mehrere Sommer zur Probe gegeben hat, verlängern kann.

Wenn ich könnte, würde ich jetzt noch gern einen Antrag stellen, dass das Wetter im nächsten Jahr so schön wird wie in diesem Jahr, doch der zuständige Adressat zeigt sich da immer leicht zugeknöpft. So bleibt mir nur, zu hoffen und mich auf den nächsten lauen Sommerabend zu freuen und da vielleicht an der Schlachte oder im Viertel den einen Kollegen oder die andere Kollegin auch nach 22 Uhr wiederzutreffen.

(Beifall)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen¹⁾): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben im Vorgriff auf diese Regelung in diesem Sommer die Regelung schon genutzt, Herr Focke, und ich nehme an, Frau Kummer auch. Das war auch gut so!

(Zurufe)

Wenn ich von „wir“ rede, bin ich meistens auch dabei gewesen, ja! Ich glaube, wir müssen diese Debatte hier heute nicht verlängern, weil wir uns in dieser Frage vollständig einig waren.

(Abg. Frau Hammerström [SPD]: Dann lass es! - Heiterkeit - Zuruf von der CDU: Das ist jetzt aber ein bisschen gemein, nicht?)

Frau Kollegin Hammerström, wenn ich nicht zufällig gemerkt hätte, dass diese Debatte nur geführt werden muss, weil die SPD schon eine Presseerklärung vorbereitet hat, in der diese Debatte ausgewertet wird, dann hätte ich es wirklich gelassen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Das glaube ich nicht! - Zuruf der Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen])

Ich möchte mich hier jetzt nicht in Interna der SPD-Fraktion einmischen. Es ist doch klar, wir freuen uns alle darüber! Das Bemerkenswerte ist, und darüber freue ich mich eigentlich am allermeisten, außer dass ich abends im Sommer, wenn es schön ist, draußen sitzen darf, dass dieses Parlament, wenn es den Interessen der Bürger nachgeht - und es waren ja sehr viele Bürger, die ein Interesse an dieser Regelung hatten - und sich stark und entschieden dafür einsetzt, gelegentlich gegen eine viele Jahre lang mauernde Verwaltung auch Erfolg haben kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das sollte uns Mut machen, auch künftig und in anderen Fällen, die vielleicht noch bedeutsamer für die Bürger sind, der Verwaltung Dampf zu machen, damit das Parlament auch bei den Bürgern das Gewicht erhält, das es verdient.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort Herr Senator Hattig.

Senator Hattig: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist nicht mehr viel zu sagen. Sie haben es gesagt: Lebten wir in Alaska, dann hätten wir dieses Problem nicht. Da wir aber, Gott sei Dank, in Bremen leben und auch in Bremen gelegentlich Sommertage festzustellen sind, wir hatten ja einen vergnüglichen Sommer, und man auch ein bisschen an die Brauereien und die sonstige Getränkeindustrie denken darf, muss oder soll, finde ich es vernünftig, dass wir diese Regelung getroffen haben.

Man kann jetzt nur darauf hoffen, dass die Praktikabilität einer solchen Handhabung auch bei allen praktikabel ist. Literarisch ausgedrückt: Musik wird störend oft empfunden, weil sie mit Geräusch verbunden, sagt Wilhelm Busch. Der Philosoph Marquardt beschreibt das Thema unserer Tage, dass alle leben wie die Prinzessin auf der Erbse. Dazwischen liegt es.

Ich hoffe auf die Vernunft aller Beteiligten, und ich hoffe auch, dass die Behörden und die zuständigen Ämter daran denken, dass Sommernächte nicht darauf warten, bis das Genehmigungsverfahren abgeschlossen ist. Im Ganzen ein fröhlicher Tag! - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats mit der Drucksachen-Nummer 15/29 S Kenntnis.

Flächennutzungsplan Bremen 1983

74. Änderung

- Kirchhuchting (Roland-Center) -

Mitteilung des Senats vom 5. Oktober 1999
(Drucksache 15/30 S)

Wir verbinden hiermit:

Bebauungsplan 2093 mit zwei Deckblättern für ein Gebiet in Bremen-Huchting zwischen An der Dingstätte, Huchtinger Fleet, An der Höhepost (einschließlich) und Kirchhuchtinger Landstraße (beiderseits)

Mitteilung des Senats vom 5. Oktober 1999
(Drucksache 15/31 S)

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über den Plan zur 74. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen 1983 abstimmen.

Wer den Plan zur 74. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen 1983 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Nun lasse ich über den Bebauungsplan 2093 mit zwei Deckblättern für ein Gebiet in Bremen-Huchting zwischen An der Dingstätte, Huchtinger Fleet, An der Höpstedt (einschließlich) und Kirchhuchtinger Landstraße (beiderseits) abstimmen.

Wer den Bebauungsplan 2093 mit zwei Deckblättern für ein Gebiet in Bremen-Huchting zwischen An der Dingstätte, Huchtinger Fleet, An der Höpstedt (einschließlich) und Kirchhuchtinger Landstraße (beiderseits) beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bebauungsplan 2152 mit Deckblatt für ein Gebiet in Bremen-Horn-Lehe westlich Lilienthaler Heerstraße, zwischen Bundesautobahn A 27 und Autobahnzubringer Horn-Lehe

Mitteilung des Senats vom 5. Oktober 1999
(Drucksache 15/32 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2152 mit Deckblatt für ein Gebiet in Bremen-Horn-Lehe westlich Lilienthaler Heerstraße, zwischen Bundesautobahn A 27 und Autobahnzubringer Horn-Lehe beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Vorhaben- und Erschließungsplan 9 mit Deckblatt

(vorhabenbezogener Bebauungsplan) für die Errichtung eines Ausstellungsgebäudes, eines Tagungsgebäudes und eines Hotels sowie von Freianlagen auf einem Grundstück in Bremen-Horn-Lehe zwischen Universitätsallee, Wiener Straße, Uni-Süd-Fleet und Kuhgraben

Mitteilung des Senats vom 5. Oktober 1999
(Drucksache 15/33 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Vorhaben- und Erschließungsplan 9 mit Deckblatt (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für die Errichtung eines Ausstellungsgebäudes, eines Tagungsgebäudes und eines Hotels sowie von Freianlagen auf einem Grundstück in Bremen-Horn-Lehe zwischen Universitätsallee, Wiener Straße, Uni-Süd-Fleet und Kuhgraben beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Fertigstellung der Linie vier bis Lilienthal

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. Oktober 1999
(Drucksache 15/35 S)

Dazu als Vertreter des Senats Senatorin Wischer, ihr beigeordnet Staatsrat Logemann.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Naturgemäß freut sich Bündnis 90/Die Grünen selten über Vereinbarungen der großen Koalition. Als wir aber die Koalitionsvereinbarungen zur Regierungsbildung für das Jahr 1999 gelesen haben, haben wir uns sehr gefreut, dass Sie sich endlich darauf verständigt haben, unverzüglich die Linie vier auf Bremer Gebiet bis nach Borgfeld zu bauen und sich dafür einzusetzen, dass die Linie vier bis Lilienthal verlängert wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Sie haben in der Koalitionsvereinbarung festgelegt, dass das Planfeststellungsverfahren, also praktisch das Genehmigungsverfahren für den Bau, bis zum Dezember dieses Jahres abzuschließen ist und anschließend sofort gebaut werden soll. Das war ein überfälliger Beschluss, weil die Verzögerung des Baus der Linie vier, die ja schließlich im Sommer 1998 fertig gestellt worden ist, erstens dazu geführt hat, dass der Straßenbahn jährlich Verluste entstehen, weil sie zusätzlich Busse fahren lassen muss, und das kann eigentlich gar nicht im Sinne der Stadtgemeinde sein, und zweitens, dass die Straßenbahn Fahrgäste verliert und nicht gewinnt, was sie durch die Straßenbahn will, weil das lästige Umsteigen, wenn man aus Lilienthal, Borgfeld oder Horn-Lehe kommt, in die Linie vier natürlich viele Fahrgäste abschreckt.

Meine Damen und Herren, insofern ist auf dem Papier alles in Ordnung. Wenn wir uns jetzt aber die Wirklichkeit anschauen, stellen wir fest, dass wir heute den 19. Oktober 1999 haben, dass in zwei Monaten das Jahr zu Ende ist und dass das Planfeststellungsverfahren für die Linie vier unter keinen Umständen bis zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen sein wird. Nun liegt das nicht an Mängeln in der Verwaltung, sie hat ihre Pläne vorgelegt, sondern es liegt offensichtlich daran, dass es in der Koalition erneut Probleme mit der Straßenbahnlinie vier gibt.

Die Beiräte, Träger öffentlicher Belange, in Borgfeld und in Horn-Lehe müssen zum Beispiel da-

rüber beraten und ihr Votum abgeben. Die Beiräte hatten die Planunterlagen im September, es war alles in Ordnung. Beide haben sich erst einmal in einer ersten Sitzung diese Pläne, die übrigens diese Beiräte alle im Jahr 1997 schon einmal vorgelegt bekommen haben, vorstellen lassen und dann die Beschlussfassung in Horn auf Donnerstag, in Borgfeld auf Anfang November vertagt. Der Termin Dezember ist da schon geplatzt. Warum haben sie vertagt? Doch nicht nur einfach, weil sie gründlich prüfen wollen, sondern wir konnten es ja mittlerweile in der Zeitung lesen: In Horn sind CDU und FDP, die die Mehrheit im Beirat stellen, sich darüber einig, dass sie den Bau der Linie vier nicht wollen, zumindest auf keinen Fall wollen, wenn nicht gleichzeitig eine Entlastungsstraße durch das Hollerland gelegt wird.

Dieser Plan, eine Entlastungsstraße durch das Hollerland im Anschluss an die Lilienthaler Umgehungsstraße zu führen, hat die Debatte um die Linie vier schon in der ganzen letzten Legislaturperiode geprägt und letztlich den Weiterbau der Linie vier verhindert, weil die CDU, Herr Kollege Neumeyer, damals standen Sie ja hier vorn, es immer wieder auf ihre Fahne geschrieben hat: ohne die Entlastungsstraße keine Linie vier!

(Abg. Zachau [Bündnis 90/Die Grünen]: Er wollte ja die Vögel umleiten!)

Gut, dass die Vögel noch da sind und die Straße nicht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Glücklicherweise, und ich hoffe, das ist auch weiter so, Frau Kollegin Lemke-Schulte und Frau Kollegin Hammerström, solange Sie hier Einfluss in der Fraktion haben und vielleicht sogar noch im Hollerland wohnen wie Frau Kollegin Hammerström, wird es diese Entlastungsstraße hoffentlich nicht geben und die SPD zu ihrem Wort stehen.

Das ist aber, glaube ich, hier nicht die Frage, weil diese Diskussion um die Entlastungsstraße in dieser Legislaturperiode der Koalitionsvereinbarung nach eigentlich nur eine virtuelle sein muss. Es soll sie ja gar nicht geben, wenn ich die Protagonisten richtig verstanden habe. Wenn es aber so ist, warum eigentlich wird die Linie vier nicht termingerech gebaut? Es ist doch offensichtlich so, weil die CDU nach wie vor versucht, etwas herauszuhandeln, wenn sie letztlich dem Bau der Linie vier entsprechend der Koalitionsvereinbarung doch zustimmt.

Herr Kollege, vielleicht ist es auch so etwas, ich weiß nicht, was es ist, ob es das Fahrradparkhaus ist oder auch, wenn wir demnächst noch mit einer

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

neuen Straße, vielleicht im Blockland oder sonst irgendwo, überrascht werden, aber ich gehe jede Wette ein, dass wir hier demnächst noch kleine Überraschungen erleben werden. Oder aber, das wäre die einzige Alternative, meine Damen und Herren, Herr Kollege Pflugradt, es ist so wie oft in Koalitionsvereinbarungen, was ausgeschrieben ist, gilt nicht, und Sie machen die alte Hängepartie weiter!

Ich warne Sie nur, nicht nur im Interesse der Bremer Straßenbahn, sondern aller Bürger, die ein Interesse am ÖPNV haben, und letztlich sogar aller Bürger, die Klarheit haben wollen, wie es weitergeht! Tun Sie alles, dass die Linie vier jetzt gebaut wird und dass hier nicht eine weitere Verunsicherung und Hängepartie entsteht im Bereich Horn-Lehe, Borgfeld und umzu, denn es sind auch viele Bürger in Oberneuland, in Lilienthal und so weiter betroffen. Letztlich hängt die Entscheidung in Lilienthal für den Bau der Linie vier immer davon ab, ob Bremen nun die Linie vier baut!

Wir haben heute einen Antrag vorgelegt, der an Ihre Koalitionsvereinbarung anknüpft, der zur Kenntnis nimmt, dass der Termin Dezember nicht einzuhalten ist und dass die Planfeststellung frühestens im Januar fertig sein soll. Wir bitten Sie, sich unserem Antrag anzuschließen, weil unser Antrag genau das sagt, was Sie vereinbart haben, sofortiger Bau der Linie vier und, was genauso wichtig ist, sofortiges Einsetzen dafür, dass der Weiterbau bis zum Falkenberger Kreuz geschieht.

Wir bitten Sie, vor allen Dingen dem letzten Punkt zuzustimmen, dass der Senat im Frühjahr in diesem Hause einen Bericht darüber abgibt, wie der Gesamtbau stattfindet und wie die Verhandlungen mit Lilienthal darüber stehen, wie es weitergeht! Es wird Zeit für Bremen, dass die Linie vier jetzt endlich zu Ende gebaut wird, aus ökologischen, aus ökonomischen und aus verkehrspolitischen Gründen. Da Sie ja dasselbe in Ihre Koalitionsvereinbarung aufgenommen haben, halte ich es für eine Selbstverständlichkeit, dass wir gleich gemeinsam diesen Antrag verabschieden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Selten hat man die erfreuliche Situation, dass die Regierungskoalition von der Opposition gelobt wird. Das hat mich gefreut, auch wenn ich sagen muss, man soll das Loblied seitens der Opposition dann nie übertreiben. Jedenfalls ist das die richtige Richtung, und es ist auch ein gutes Zeichen. Allerdings

bei einer so kleinen Opposition muss man sich natürlich fragen, ob da nicht, wenn es Wunden geben sollte, die ich gar nicht sehe, die Finger noch einmal etwas schärfer hineingelegt werden sollen.

Probleme, die Sie hier sehen und konstruieren, glaube ich, werden nicht auftreten. Sie können doch nicht hierher kommen und sagen, nur weil die Beiräte sich mit ernsthaften Umsetzungsproblemen vor Ort beschäftigen müssen, würde verzögert werden. Ich finde, die ernsthafte Befassung bei einem solchen Großvorhaben mit den Auswirkungen ist doch wohl richtig und notwendig.

(Abg. Zachau [Bündnis 90/Die Grünen]: Seit vier Jahren!)

Aber, Herr Zachau, noch nie so ernsthaft

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

und mit dem sicheren Wissen, das ist doch gerade Ihr Lob, es steht im Koalitionsvertrag, dass es passiert! Ich darf, glaube ich, an dieser Stelle sagen, die große Koalition zeichnet sich dadurch aus, dass sie die Projekte und Maßnahmen, die sie sich vornimmt, umsetzt. Das wird auch an diesem Punkt so sein.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Genau! Egal, was es kostet!)

Es wird sich keiner politisch erlauben können, hier Blockaden zu entwickeln und sozusagen als Blockierer in die Geschichte dieses Themas einzugehen. Da bin ich mir ganz sicher, wir werden das gemeinsam als große Koalition umsetzen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen])

Sie haben hier versucht, Probleme herbeizureden, Herr Kollege, und das müssten Sie auch in den Beratungen in den Beiräten erfahren haben. Ich war sowohl in Horn-Lehe in der ersten Beratung als jetzt auch in Borgfeld, und meine Erfahrungen bei beiden Beratungen waren sehr überraschend. Natürlich sind die Leute an verschiedenen Stellen nicht mit jedem Punkt zufrieden. Es gibt auch viele Bewohnerinnen und Bewohner, die sagen, nein, wir wollen diese Linie vier nicht. Der Grundtenor aber ist, es gibt verschiedene Einzelprobleme, die gelöst werden sollen, und so sind auch die Debattenbeiträge. Das Klima in diesen Beiratssitzungen, gerade zuletzt in Borgfeld, war für mich überraschend, aber ausgesprochen erfreulich, ruhig und von Sachlichkeit geprägt.

Ich will sagen, dass die Koalitionsvereinbarung zwei entscheidende Punkte umfasst. Der eine ist eben der Weiterbau der Linie vier, die Beendigung dieses Torsos am Leher Kreisel, und der zweite Punkt ist, dass wir den Verkehr auf dem Langen Jammer so organisieren werden, dass eine zweistreifige Führung in jede Richtung möglich ist. Das ist das Paket, um das es geht, das die sinnvolle Trassenführung auf der Lilienthaler Heerstraße möglich macht. Hierbei geht es eben um die bekannte Variante vier b.

Ich darf in dem Zusammenhang, auch weil es in den öffentlichen Debatten in den Beiräten verschiedentlich eine Rolle gespielt hat, noch einmal deutlich machen, dass die Koalition am Rande der konkreten Vereinbarungen im Koalitionsvertrag selbst auch vereinbart hat und der Senat es umgehend umgesetzt hat, dass der zukünftige Bausenator oder die Bausenatorin - schon an der Formulierung erkennen Sie, wie früh das vereinbart war - umgehend nach Amtsantritt das Planfeststellungsverfahren auf der Grundlage der Variante vier b in Kraft setzen soll. Frau Senatorin Wischer hat dies unverzüglich auf dieser Grundlage getan.

(Beifall bei der SPD)

Das ist richtig, das war der notwendige Schritt!

Ich darf in dem Zusammenhang auch darauf hinweisen und habe mich sehr gefreut, als mir diese Schriftwechsel und diese Beschlüsse noch einmal deutlich gemacht wurden, dass wir mit der Variante vier b aufgrund einer Einigung in der Koalition arbeiten, die schon 1996 getroffen worden ist.

(Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]: Ja, das stimmt!)

Es war eine Einigung, ein Beschluss von SPD- und CDU-Mitgliedern der Baudeputation, unterzeichnet vom Kollegen Focke,

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Weil er ja immer alles sofort umsetzt!)

damaliger baupolitischer Sprecher der CDU, meinem ehemaligen Kollegen Herrn Schreiber und den beiden damaligen Fraktionsvorsitzenden, Herrn Weber und Herrn Neumeyer, die eindeutig sagen, es geht um die Variante vier b.

Senator Schulte hat unserem damaligen Fraktionsvorsitzenden Christian Weber im Dezember 1997 noch einmal formell als Bausenator mitgeteilt, die Koalition verständigt sich auf Variante vier b mit vier Fahrspuren auf dem Langen Jammer. Weiter heißt es, die Planungen für den

zweiten Bauabschnitt sind weitgehend abgeschlossen. Ich bin froh, dass wir jetzt so weit sind und uns verständigt haben, diese Planung jetzt auch in das Verfahren zu geben. Sie wissen genau, meine Damen und Herren von den Grünen, dass wir dies so schnell es geht abschließen werden, aber unter vernünftiger Beteiligung der Beiräte.

Ich möchte einmal wissen, was Sie für einen Afrentanz machen würden, wenn wir irgendwo den einen oder anderen Beirat nicht ordentlich behandeln würden!

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abg. Zachau [Bündnis 90/Die Grünen])

Nein, das werden wir sauber und ordentlich tun. Ich möchte in dem Zusammenhang deutlich machen, dass wir uns auch bei der Ausgestaltung des Langen Jammers und der Straßenführung als Sozialdemokraten dafür einsetzen werden, dass wir so viel wie möglich herausholen, damit auch der Individualverkehr vernünftig laufen kann. Ich sage, ich kämpfe um jeden Zentimeter, was die Fahrbahnbreite betrifft. Das ist doch selbstverständlich! Wir werden versuchen, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die entsprechenden Parkbuchten hinzubekommen, so dass auch Lkw parallel fahren können. Das werden wir natürlich machen, weil das eine Grundvoraussetzung dafür ist, dass es dort reibungslos läuft, und wir werden vor dem Hintergrund, auch ein Rechtsgutachten, von Senator Schulte in Auftrag gegeben, belegt dies, keine Entlastungsstraße brauchen, auch gar nicht durchsetzen können, weil wir eine vernünftige verkehrliche Alternative bekommen mit dem dann geführten Langen Jammer und der Straßenbahn in der Mitte.

Entscheidend ist in diesem Zusammenhang auch neben der Frage der Buchten und des Herausholens jeden Zentimeters, dass die Kreuzungspunkte vernünftig organisiert werden. Ich habe den Eindruck gewonnen, ich sagte es schon, dass in den Beiratssitzungen in der Tat alle Punkte aufgegriffen werden, formuliert werden, und wir werden sicherlich hier und da noch Verbesserungen vornehmen, aber es wird gebaut werden.

Für die Demonstration, die gestern Morgen hier war, 80 Einwohnerinnen und Einwohner aus dem Stadtteil Horn-Lehe, der, glaube ich, 25.000 oder 30.000 Einwohner umfasst, habe ich volles Verständnis, dass jetzt noch einmal versucht wird, alles herauszuholen. Aber man hat damit natürlich eine Bedingung hergestellt, die wir gerade gemeinsam vermeiden mit unserer Einigung in der Koalition, die Bedingung nämlich, wenn man dort auf einer Fahrspur demonstriert, dann können die

Autos nur noch auf der anderen Fahrspur ein-spurig fahren. Genau das wird ja nicht die Realität sein.

Von daher war gestern Morgen diese Sonder-situation, die da heute ein bisschen in der Presse hier und da dargelegt wird, eine Situation, wie wir sie nicht haben werden. Wir werden ja die zwei-spurige Führung haben. Von daher wissen si-cherlich diese 80 Personen auch, dass sie so-zusagen den Straßenkampf einmal initiiert haben, wir aber am Ende des Tages eine Verkehrs-führung bekommen, die eine viel höhere Kapazität haben wird.

Herr Kollege Mützelburg, wir werden Ihren Antrag an die Baudeputation überweisen, weil damit si-chergestellt ist, dass die einzelnen Punkte ab-gearbeitet werden, aber, wissen Sie, sie werden sowieso abgearbeitet. Sie sind ja an der einen oder anderen Stelle noch den Millimeter hinter der Realität, weil wir in der Tat voll in dem Verfahren sind. Wir brauchen hier nicht noch einmal zu be-schließen, dass die Planfeststellungsinhalte zügig beraten werden und dass die Planfeststellung in 2000 abgeschlossen wird, das sind alles Selbst-verständlichkeiten. Wir machen das so.

Wir überweisen das gemeinsam, hoffentlich mit Ihrer Stimme, dann schließen wir die Planung ab, dann fangen wir an zu bauen. Wir können zwischendurch hier im Parlament auch gut einen Be-richt diskutieren, der den erfolgreichen Vollzug dieses Großvorhabens zum Inhalt haben wird, denn, ich wiederhole meine Worte vom Beginn: Hier werden wir gemeinsam als Koalition an un-serer Linie festhalten.

(Beifall bei der SPD - Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Welcher Linie?)

Ich bin sicher, wir alle wollen dies umsetzen, kei-ner will solche Dinge blockieren. Für Bremen werden wir auch dieses Projekt in trockene Tücher bringen. - Danke sehr!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Pflugradt.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt kommen wieder die Geschichten!)

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Präsident, meine Da-men und Herren! Ich wollte Ihnen, Frau Linnert, keine Geschichten erzählen,

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das machen Sie doch so gern!)

sondern ich wollte noch einmal - hier steht, Re-dezeit noch drei Minuten, das ist, glaube ich, nicht ganz richtig! - auf die Koalitionsvereinbarung zu-rückkommen, denn der eine oder andere hat, glaube ich, die Koalitionsvereinbarung nicht so ganz richtig gelesen. Wenn ich so Äußerungen aus dem Bauressort höre oder von dem zustän-digen Amtsvertreter oder auch die Äußerungen, die hier unter anderen von Herrn Mützelburg gekommen sind, dann müsste eigentlich in der Koalitionsvereinbarung stehen, die bisherigen Planungen der Linie vier, so wie sie ausgearbeitet sind, werden umgesetzt. Das müsste so darin stehen, auch wenn man Ihren Antrag nimmt, Herr Mützelburg. Das steht aber nicht darin.

Darin steht, und deswegen lese ich das einfach einmal vor, damit es sich vielleicht der eine oder andere auch noch einmal in Erinnerung ruft, auch die Baubehörde:

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

„Mit dem zweiten Bauabschnitt“, so heißt es wört-lich in der Koalitionsvereinbarung, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten, „der Linie vier zwischen Leher Kreisel und Borgfeld kann Anfang 2000 begonnen werden, wenn ein zügiger Ver-kehrsfluss, auch mit Nebeneinander von Lkw entsprechend der Variante vier b sichergestellt ist. Zum anderen“, und das ist additiv, nicht alternativ, „ist abschließend und unverzüglich die Möglich-keit einer umsetzbaren Streckenführung für die Linie vier westlich der Randbebauung der Lilienthaler Heerstraße, Variante sechs, zu prüfen.“

Die Variante sechs vergessen Sie völlig. Was das Nebeneinander von Lkw anbetrifft, das vergessen Sie auch. Wir wissen ja, Herr Mützelburg, und das wissen Sie auch aus den Beratungen der Bau-deputation, als es um die Bürgermeister-Smidt-Straße ging, hat genau der zuständige Beamte, der jetzt auch im Beirat Horn-Lehe war, definiert, was es denn heißt, ein Nebeneinander von Lkw. Das Mindestmaß, das Standardmaß für eine zweistreifige Richtungsfahrbahn beträgt 5,80 Me-ter. Wir haben uns über diese Äußerung gefreut, weil sie belegt, dass fünf Meter, wie es bisher für den Individualverkehr ausgewiesen ist, nicht ausreichen.

(Abg. Frau Hammerström [SPD]: Auf der ganzen Autobahn dürfen sich Lkw nicht überholen, und hier sollen sie es!)

Deswegen setzt bisher das Bauressort die Koa-litionsvereinbarung nicht um, denn das Neben-einander von Lkw ist mit fünf Metern nicht ge-währleistet, wie es die Bauverwaltung selbst an anderer Stelle sagt. Wenn dann so ein Mitarbeiter

argumentiert: „Nach der Sitzung“, ich zitiere aus dem „Weser-Kurier“, „war von ihm zu erfahren, dass das Müllauto nicht auf der Straße halte, sondern rückwärts in die Grundstückseinfahrten hineinfahre“, meine Damen und Herren, solche Varianten sind Träumereien, das sind Spinnereien auf Deutsch gesagt, das hat mit der Realität nichts zu tun, und deswegen fühlen sich die Menschen draußen auch auf den Arm genommen.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt eine Koalitionsvereinbarung, die nicht heißt, wie ich das vorhin gesagt habe, die Planungen werden umgesetzt, sondern die Koalitionsvereinbarung lautet so, wie ich sie zitiert habe, und das hat Konsequenzen. Da will ich hier auch nichts vertuschen, es gibt bisher noch Differenzen zwischen uns und dem Bauressort, und wir werden Wert darauf legen, dass das, was in der Koalitionsvereinbarung steht, umgesetzt wird.

Nun kann man sich ein bisschen wundern, dass da nur 80 Leute demonstriert haben, meine Damen und Herren, wo hat es in den letzten Jahren einmal Demonstrationen zugunsten eines Straßenbaus gegeben? Ich kann mich daran nicht erinnern, weder in Bremen noch sonst wo.

(Beifall bei der CDU)

Das ist wirklich selten! Es ist bezeichnend für die Stimmung vor Ort.

Ich warne alle davor, das einfach aus ideologischen Gründen beiseite zu wischen, was hier an Bedenken kommt, die Leute mit solchen Träumereien, wie ich das hier eben mit den Müllautos zitiert habe, zu vergackeiern. Das sind keine ernst zu nehmenden Argumente. Man muss die Probleme lösen, dann wird es mit uns auch einen Weiterbau der Linie vier geben, aber wir sagen, das ist die Voraussetzung.

Im Übrigen weise ich noch einmal darauf hin, dass in der Koalitionsvereinbarung auch etwas zu einer Entlastungsstraße durchs Hollerland und der Erweiterung des Technologieparks steht. Das wird einfach so verschwiegen! Das steht auch in dieser Koalitionsvereinbarung. Ich bitte Sie, Frau Wischer, wenn Sie da in Borgfeld oder Lilienthal sind, ich will das hier gar nicht weiter zitieren, das, was da in der Koalitionsvereinbarung steht, genauso zu erwähnen, und ich bitte Sie auch herzlich, das entsprechend umzusetzen, was in der Koalitionsvereinbarung steht, und nicht einfach zu sagen, das ist mit mir nicht zu machen. Das ist

keine Art des Umgangs mit solch einer Koalitionsvereinbarung.

(Beifall bei der CDU)

Ich erwarte, dass die Koalitionsvereinbarung in allen Teilen umgesetzt wird und nicht nur der Teil, der einem gefällt. Das ist nicht verabredet, sondern es ist verabredet, dass alles umgesetzt wird.

(Glocke)

Vizepräsident Ravens: Herr Pflugradt, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Pflugradt** (CDU): Ja!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Abgeordneter Dr. Sieling!

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Ich möchte nur wissen und mich vergewissern, ob ich die Koalitionsvereinbarung richtig gelesen habe! Es steht dort doch, dass die Frage der Entlastungsstraße nach Inbetriebnahme des zweiten Bauabschnitts geprüft wird. Liege ich da richtig, Herr Kollege?

Abg. **Pflugradt** (CDU): Es steht in der Koalitionsvereinbarung, dass eine Entlastungsstraße geprüft wird!

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Nach Inbetriebnahme?)

Warten Sie einmal! Der Zeitpunkt ist auch definiert, allerdings ist klar, und das ist der Widerspruch, Frau Wischer hat gesagt, mit ihr wird es eine Entlastungsstraße nicht geben, und deswegen will sie auch nicht prüfen. Da sage ich, dass das Bauressort hier auch die Koalitionsvereinbarung vollständig umsetzen muss.

Vizepräsident Ravens: Sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Pflugradt** (CDU): Ja!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Abgeordneter Dr. Sieling!

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Aber das kommt doch erst viel, viel später! Die Koalitionsvereinbarung gilt, da sind wir uns einig?

Abg. **Pflugradt** (CDU): Ja, natürlich! Davon rede ich die ganze Zeit!

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Nach Inbetriebnahme des zweiten Bauabschnitts wird das in Ruhe - -! Erst einmal machen wir den zweiten Bauabschnitt, und dann sehen wir weiter!)

Sie wissen doch, wie schnell so etwas gehen kann!

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Dafür bedanke ich mich, wie schnell es gehen kann, dass der zweite Bauabschnitt in Betrieb kommt!)

Ich habe damit überhaupt kein Problem, dass das so schnell wie möglich gemacht wird. Also, nun einmal ernsthaft, meinetwegen könnten die auch morgen schon anfangen zu bauen, wenn die 5,80 Meter gewährleistet sind!

(Beifall bei der CDU)

Das ist gar keine Frage, wenn Sie da mitmachen, kein Problem! Morgen kann Frau Wischer den ersten Spatenstich machen, wenn sie das denn auch so umsetzt, wie es in der Koalitionsvereinbarung steht. Mehr mahne ich gar nicht an. Das ist schon alles! - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! So ist das mit dieser Koalition, man freut sich immer zu früh! Was können wir jetzt feststellen? Wir können feststellen, dass in den letzten drei Jahren nichts passiert ist. Das nennt man nach Herrn Sieling zügiges Umsetzen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir können feststellen, dass es eine Koalitionsvereinbarung gibt, die hier zwei Seiten offensichtlich völlig verschieden interpretieren und zu der die Bausenatorin eine fachlich begründete Meinung hat. Ich hätte dann gern von ihr die Erläuterung, ob es keine Blockade ist, durchgängig 5,80 Meter auf beiden Seiten zu fordern, die Straßenbahn bauen zu wollen und sich gleichzeitig mit den Anwohnern dahingehend zu einigen, dass möglichst wenig oder gar nichts von ihren Vorgärten abgeschnitten wird, dass es Parkstreifen gibt und dass gleichzeitig die Bäume in der Mitte stehen bleiben. Wenn Sie das alles in dem Raum durchgehend von der Schildkröte bis zur Autobahnbrücke hinbekommen, dann sind Sie bautechnisch ein Genie!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Da Sie das wissen, liegt die wirkliche Blockade darin, dass hier eine Bedingung gesetzt ist, die so einfach nicht zu erfüllen ist! Darin liegt doch genau das Problem, vor dem wir stehen. Insofern, Herr Pflugradt, bedanke ich mich für Ihre Aussage, dass Sie sagen, Sie sind für den schnellen Bau der Straßenbahn, das sind wir auch, aber Sie sind für den schnellen Bau unter Ihren Bedingungen, die ganz offensichtlich bisher nicht die Bedingungen des Bauressorts sind. Das konnte ich den Plänen entnehmen.

Jetzt kommen wir noch zu den Beiräten, meine Damen und Herren! Kollege Sieling, Sie waren wie ich in der Sitzung des Beirats Horn-Lehe.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Herr Pflugradt nicht?)

Herr Pflugradt war nicht da, denn der hat da seine Parteifreunde und weiß schon, was die sagen! Die sagen nämlich zum Beispiel zu dem vorgelegten Plan, das hat Herr Pflugradt ja schon bestätigt, wozu sollen wir das gründlich beraten, das Gleiche haben wir doch schon 1997 gemacht. Die wollen etwas anderes, nämlich das, was Herr Pflugradt will. Darum geht der Streit, und weil die Sache im Streit ist, ist unser Antrag völlig richtig, denn wenn wir das heute nicht beschließen, das so schnell zu bauen, wie wir hier vorgeschlagen haben, dann wird es eben auch nicht so schnell gebaut. Das haben Herr Sieling und Herr Pflugradt uns ja gerade erzählt!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bedauerlicherweise kann ich nicht morgen anfangen, Herr Pflugradt, weil wir ja grundsätzlich und wie mit Ihnen verabredet ein geordnetes Verfahren machen wollen. Ich weise richtig von mir, dass ich den Auftrag der Koalitionsvereinbarung nicht ernst nähme, das wissen Sie auch, das wissen Sie ganz genau! Auch wenn Sie aus Veranstaltungen zitieren, in denen Sie nicht dabei waren, dann müssen Sie sich schon erkundigen, was ich da gesagt habe.

(Abg. Pflugradt [CDU]: Ich habe die Presse zitiert!)

Ja, wenn es denn immer so wäre, dass alles, was in der Presse steht, auch wortgleich mit dem ist, was diejenigen, die zitiert werden, gesagt haben, dann wäre es ja eine andere Geschichte! Richtig ist, das wissen Sie auch, und es ist kein Geheim-

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

nis, dass ich gegen eine Straße durchs Hollerland bin.

(Beifall bei der SPD)

Es wäre verrückt, wenn ich jetzt etwas anderes erzählte! Natürlich bin ich gegen eine Straße durchs Hollerland, aber selbstverständlich werde ich mich auch an alle Aufträge, die in der Koalitionsvereinbarung gemacht worden sind, strikt halten. Das gilt auch für dieses Verfahren, das wir jetzt in Auftrag gegeben haben. Sie wissen auch, Sie haben das nur eben nicht gesagt, dass wir das Planfeststellungsverfahren sofort nach Amtsantritt, wie Herr Sieling das zitiert hat, in Auftrag gegeben haben auf der Grundlage der Variante, die wir jetzt ins Verfahren gegeben haben, dass wir Ihnen auch als Mitglieder der Koalition gesagt haben, dass die Frage des Aneinandervorbeikommens von Lkw in diesem Planfeststellungsverfahren abgearbeitet wird, genauso wie die Frage der Alternativstraße, die wir zu untersuchen haben. Auch dies wird in diesem Verfahren abgearbeitet werden.

Ich sehe überhaupt keine Veranlassung, dass wir uns jetzt hier auseinander dividieren lassen in dem Ziel, die Linie vier zu bauen. Sie soll bis Borgfeld vorangebracht werden. Mit großer Freude habe ich auch festgestellt, dass die Lilienthaler ihrerseits ein hohes Interesse haben, zügig die Linie vier bis nach Falkenberg weiterzubauen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist also eine große Gemeinsamkeit in der Frage der Fortführung der Linie vier. Ich habe es so verstanden, und ich gehe völlig unideologisch daran, lieber Herr Pflugradt, dass die Belange, die Sie angesprochen haben, auch die der Koalition sind: auf der einen Seite Stärkung des ÖPNV, auf der anderen Seite ein flüssiger Verkehr für Autofahrer, die den ÖPNV nicht nutzen können, aus welchen Gründen auch immer, und darauf angewiesen sind, mit dem Pkw zu fahren. Auch die Lkw müssen natürlich ihre Ziele erreichen können. Dies wird von mir überhaupt nicht bestritten, und es wird darum gehen, sozusagen diese Voraussetzung mit der Straße zu erfüllen.

Das ist der Auftrag, den wir miteinander haben. Ob es sich dann an dem ausmacht, was Sie jetzt angesprochen und was Sie als lachhaft bezeichnet haben zu fragen, ob man die Seitenstreifen so gestaltet, dass diese Zügigkeit hergestellt wird, ob man Lösungen findet, die mit einer Überfahrbarkeit an einigen Stellen der Straßenbahn Möglichkeiten schafft, dies alles müssen wir jetzt, meine ich, nicht im Detail diskutieren, sondern wir werden das Planfeststellungsverfahren, die Einwen-

dungsfristen der Bedenken privater und öffentlicher Träger aufnehmen, wir werden - -.

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen] meldet sich zu einer Zwischenfrage - Glocke)

Ich möchte wenigstens meinen Satz zu Ende sagen, Herr Mützelburg! Wir werden die Bedenken auswerten, wir werden die Aufträge der Koalitionsvereinbarung zu der Linie vier abarbeiten. Dann wird es selbstverständlich, bevor wir einen weiteren Schritt gehen, Herr Mützelburg, das wäre auch mit Ihnen nicht anders bei strittigen Themen, bei den Koalitionären noch einmal eine Zwischenbilanzierung des Standes geben, bevor wir dann den nächsten Schritt tun. Aber, ich sage einmal, das ist nicht im Sinne von Aufhalten, sondern Voranbringen, so verstehe ich Sie auch.

Ich glaube nicht, dass irgendjemand von uns daran interessiert sein kann, den Weiterbau der Linie vier zu verzögern oder unmöglich zu machen, weil Sie alle wissen nach langwierigen Diskussionen, die haben wir schon etliche Male hier geführt, dass dies zum schweren materiellen Schaden von Bremen wäre, ganz abgesehen von dem ökologischen, wenn wir das nicht täten. Das war ein sehr langer Satz, Herr Mützelburg, das gebe ich zu!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Abgeordneter Mützelburg!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Das verstehe ich ja, Frau Senatorin! Können Sie dennoch so nett sein, mir zu erläutern, warum eine Straße, die eine Geschwindigkeitsbegrenzung von maximal 60 km/h hat, so breit sein muss, dass sich zwei Lastkraftwagen fahrend überholen können müssen, nicht etwa, dass einer steht und der andere daran vorbei muss? Wir bauen doch keine Lkw-Rennstrecke mitten in der Stadt!

Senatorin Wischer: Herr Mützelburg, dazu kann man treffliche Aussagen machen! Ich will das aber an dieser Stelle bewusst nicht tun, weil hier angesprochen worden ist, wie wir uns mit der Koalitionsvereinbarung auseinander setzen. Ich sage, diese Frage der Koalitionsvereinbarung wird von uns abgearbeitet, und wir werden gemeinsam mit dem Partner an dieser Stelle auch klären, wie die Zügigkeit des Verkehrsflusses vorangebracht wird. Ich glaube an dieser Stelle, wenn ein zügiger Verkehrsfluss gegeben sein wird, werden wir auch zu Lösungen kommen, insofern bitte ich darauf zu verzichten, dass ich jetzt meine private Meinung zu dieser Frage sage.

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben verstanden!)

Sie haben mich verstanden, das ist gut!

Bei dem Punkt, Herr Pflugradt, wenn Sie das ansprechen, der Straße durch das Hollerland, habe ich immer sehr sorgfältig bei den Veranstaltungen, wo ich gewesen bin, die Koalitionsvereinbarung zitiert. Die Koalitionsvereinbarung sagt, die Frage einer Trasse durchs Hollerland wird im Zusammenhang mit der Diskussion um den Technologiepark und nach Fertigstellung der Linie vier bewertet werden müssen.

Wenn wir davon ausgehen, dass alles so zügig läuft, wie wir uns das vorstellen, und wir irgendwann im Jahre 2003 die Linie vier fertig gestellt haben, dann werden Sie zugeben, dass wir nicht mit dem letzten Handschlag sofort sagen können, nun bewerten wir das, sondern es wird eine gewisse Zeit des Beschauens geben müssen. Dann, verehrter Herr Pflugradt, ist eine neue Legislaturperiode. Darauf bezog sich mein Hinweis, dass mit mir eine solche Straße durchs Hollerland nicht zu machen ist. Das müssen Sie mir doch zugestehen, dass ich mich gegen eine solche Straße durchs Hollerland immer wehren werde!

(Beifall bei der SPD)

Es gibt überhaupt keinen Grund, warum wir uns als Koalition hier öffentlich streiten. Wir haben klare Vereinbarungen getroffen, wir werden die genauso sauber und kollegial, wie das auf sachlicher Ebene in der Koalition sein wird, miteinander abarbeiten. Ich hoffe, dass am Ende in einer solchen Diskussion das rationale Argument zählt und in der Tat keine Ideologien. Wir müssen die Fragen beantworten, wie können wir den Bürgern einen attraktiven ÖPNV bieten, wie können wir gleichzeitig für all diejenigen, die das Auto nutzen müssen und auch nutzen wollen, einen flüssigen

Verkehrsfluss schaffen. Das ist meine Linie, für die ich streite, und ich hoffe, wir kommen zügig in diesem Thema voran und können sehr bald den ersten Spatenstich, meinerwegen mit allen gemeinsam, tun! - Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Bau beantragt worden.

Wer der Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Bau.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Tagesordnung der Stadtbürgerschaft angelangt. Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Nachmittag bei herrlichem Wetter.

(Schluss der Sitzung 16.14 Uhr)